

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 177

Mai 2009

€ 0,50

## USA/Bundeswehr raus aus Afghanistan!

# Nieder mit der NATO!



flickr.de



dpa

Konvoi von Bundeswehr-Truppen in Afghanistan (links). NATO-Gipfel in Baden-Baden und Strasbourg: Merkel und Obama feiern imperialistisches Bündnis. Polizeiterror gegen Anti-NATO-Demonstranten



Reuters

Vom 1. bis 5. April wurde Strasbourg in Frankreich sowie das Gebiet auf deutscher Grenzseite durch ein massives Polizeiaufgebot praktisch in eine militärische Zone verwandelt. Dort trafen sich die Spitzen der NATO-Mitgliedssta-

schottet. Die Anti-NATO-Proteste am 4. April wurden in ein verlassenes Industrie- und Hafengebiet in den Osten von Strasbourg verbannt, das durch den kapitalistischen Staat hermetisch abgeriegelt wurde. Wiederholt wurde die Demo mit Tränengas und Blendgranaten angegriffen, und schon Stunden vor dem offiziellen Start der Demonstration glich die Gegend einem Kriegsgebiet mit verletzten Demonstranten überall an den Straßenrändern.

Weiter unten drucken wir die IKL-Erklärung ab, die wir auf den Protesten verteilten. Auf Seite 17 dieser Ausgabe befindet sich die Protesterklärung gegen die Staatsrepression, die am 8. April vom Komitee für soziale Verteidigung (KfV) und dem Comité de Défense sociale (CDDS) herausgegeben wurde. KfV und CDDS sind klassenkämpferische Organisationen zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die mit der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und der Ligue trotskyste de France (LTF), Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL),

Fortgesetzt auf Seite 17

## Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

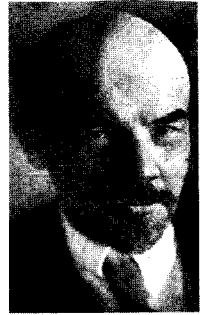
ten am 3. und 4. April, um den Jahrestag ihres blutigen imperialistischen Kriegsverbündnisses zu feiern. Etwa 24000 Bullen wurden auf beiden Seiten des Rheins mobilisiert, Grenzkontrollen wurden vorübergehend wieder eingeführt, um Anti-NATO-Aktivisten an der Einreise nach Frankreich zu hindern, das Stadtzentrum von Strasbourg wurde durch die Bereitschaftspolizei CRS gegen Demonstranten abge-

# Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

# Tiananmen 1989: Beginnende politische Revolution in China



TROTZKI



LENIN

Im Mai nähert sich der 20. Jahrestag der Massenproteste von Studenten und Arbeitern auf dem Tiananmen-Platz in Beijing. Im Gegensatz zu dem, was das stalinistische Regime und die Imperialisten gleichermaßen verbreiten, war der Aufstand keine Bewegung für „westliche Demokratie“, d. h. für kapitalistische Konterrevolution. Vielmehr wurde er entscheidend von prosozialistischen Arbeitern geprägt, die sich den Studenten anschlossen. Dies war eine beginnende proletarisch-politische Revolution. Damals wie heute traten wir für die Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats China gegen Imperialismus und innere Konterrevolution ein sowie für proletarisch-politische Revolution, für die Herrschaft von Arbeiter- und Bauernräten. Die folgenden Auszüge aus Workers Vanguard (WV), Zeitung der Spartacist League/U.S., zeigen, wie wir Trotzlisten auf die Ereignisse reagierten. Erst nach zwei Wochen war das Regime in der Lage, am 3. Juni 1989 die 27. Armee zu mobilisieren, die außerhalb Beijings stationiert war. Es folgte ein blutiges Massaker, das sich insbesondere gegen die Arbeiter richtete, die sich den Protesten angeschlossen hatten. WV titelte: „Massaker in Beijing – China vor dem Bürgerkrieg. Für die Einheit Chinas unter Führung der Arbeiter!“ (9. Juni) und „Verteidigt die chinesischen Arbeiter! Stoppt die Hinrichtungen!“ (23. Juni). Für eine tiefere Analyse siehe „China: Tiananmen 1989 und Arbeiterkämpfe heute“ (Spartakist Nr. 157, Winter 2004/2005, Nr. 158, Frühjahr 2005).

Die Imperialisten hätten es gerne, wenn im Beijinger Frühling eine prowestliche Massenbewegung aufblühen würde. Einige Appelle der Studenten, wie das Banner „Gebt mir die Freiheit oder den Tod!“ (auf Englisch!), waren klar an die amerikanischen Medien gerichtet. Aber als am 27. April ein Demozug von 150000 Studenten die Unterstützung einer noch größeren Anzahl Arbeiter erhielt, reagierten die Demonstranten mit dem Ruf „Hoch lebe das Proletariat!“ Und wieder und wieder singen sie die Internationale, historisch die Hymne der sozialistischen Arbeiterklasse. Als am Wochenende des 20./21. Mai das Regime unter der Führung von Deng Xiaoping und Premierminister Li Peng Armeeeinheiten befahl, die Studenten, die sich im Hungerstreik befanden, zu entfernen, strömten erneut Arbeiter auf den Platz und stellten sich an ihre Seite. Aber während die Arbeiter massiv bei den Protesten vertreten sind, mobilisieren sie bis jetzt noch nicht für ihr eigenes Klassenprogramm – die bürokratischen Irreführer des chinesischen deformierten Arbeiterstaates hinauszuerwerfen und die Herrschaft von proletarischen Räten zu errichten...

Am dramatischsten ist die Bewegungsunfähigkeit der Armee. Li Pengs Befehl, militärisch scharf vorzugehen, wurde faktisch ignoriert. Nicht nur wurden die Einheiten, die sich in die Hauptstadt wagten, von der Bevölkerung umzingelt, sondern U-Bahn-Arbeiter und -Management weigerten sich auch, sie mit der U-Bahn zu transportieren.

Die in Beijing stationierte 38. Armee, die viele Wehrpflichtige aus der Hauptstadt in ihren Reihen hat, weigerte sich Berichten zufolge, gegen die Menge vorzugehen. (Die Tochter des Oberbefehlshabers soll sich unter den Hungerstreikenden befinden.) Nun ist ein Brief von sieben hochrangigen ehemaligen militärischen Führern aufgetaucht, unterzeichnet von mehr als 100 Offizieren, der sich dagegen wendet, Truppen in die Hauptstadt zu schicken: „Unter keinen Umständen darf die Armee auf das Volk schießen“ (New York Times, 23. Mai). Die Pariser Libération (18. Mai) zitiert einen ehemaligen Offizier, dass „die Situation in China vielmehr Ungarn 1956 gleicht, außer, dass diesmal nicht die Möglichkeit eines sowjetischen Einschreitens existiert, um das Regime zu retten“.

... Was die chinesischen arbeitenden Massen dringend brauchen, ist **echter Kommunismus**, ist eine echte marxistische und leninistische kommunistische Partei, um das bürokratische Regime durch **Arbeiter- und Soldatenräte** an der Spitze der armen Bauernschaft zu ersetzen. Anstelle des Nationalismus der chinesischen Stalinisten von Mao bis Deng, der China in eine konterrevolutionäre militärische und diplomatische Allianz mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion und Vietnam geführt hat, ist **kommunistische Einheit gegen den Imperialismus** vonnöten.

„Upheaval in China“ [Aufstand in China],  
Workers Vanguard Nr. 478, 26. Mai 1989

## SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)  
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
E-Mail: spartakist@online.de  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.  
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin  
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde  
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin  
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. April 2009

Nr. 177

Mai 2009

## Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League  
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA  
www.icl-fi.org

## KONTAKTADRESSEN

**Berlin:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

**Hamburg:** SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44

**E-Mail:** spartakist@online.de

# Volksabstimmung in Berlin: Nein zu „Pro Reli“! Für die Trennung von Kirche und Staat!

Das nachfolgende Flugblatt wurde von der Spartakist-Jugend Berlin am 15. April veröffentlicht.

Seit Monaten läuft in Berlin die reaktionäre Kampagne „Pro Reli“ für die Einführung von Religion als Wahlpflichtfach ab der 7. Klasse. Religionsunterricht soll nicht mehr „freiwilliges“ Zusatzfach sein, sondern alternativ zum derzeit verpflichtenden Ethikunterricht belegt werden können. Am 26. April wird in einem Volksentscheid darüber abgestimmt. Unterstützer sind die evangelische und katholische Kirche, jüdische Gemeinde, türkisch-islamische Union, die Landesverbände der bürgerlichen Parteien CDU und FDP und auch SPD-Mitglieder wie Ex-DDR-Pfaffe Wolfgang Thierse. Als Marxisten sind wir für die vollständige Trennung von Kirche und Staat, also auch von Kirche und Schule. Ein Erfolg von „Pro Reli“ würde den Kirchen (ob christlich, jüdisch oder islamisch) dagegen noch mehr Einfluss an den Schulen ver-

## Weg mit bürgerlich-christlichem Ethikunterricht!

schaffen, als sie ohnehin schon haben. Deshalb: *Stimmt am 26. April mit „Nein“ gegen Religion als Wahlpflichtfach!*

Wir sind dagegen, dass Religion die Politik des Staates bestimmt, was zwangsläufig zur Diskriminierung religiöser (und damit oft ethnischer) Minderheiten führt. Wir lehnen jede Finanzierung der Kirchen durch den Staat ab, die in Deutschland u. a. mit dem Eintreiben der Kirchensteuer in Milliardenhöhe betrieben wird. Religion ist Privatsache: Leute sollten ihre Religion ausüben oder auch nicht, ohne dass sich der Staat einmischet. Als Kommunisten kämpfen wir auch gegen jede Form religiöser Unterdrückung und Verfolgung. Rationalismus und Aufklärung sind Errungenschaften bürgerlicher Revolutionen wie der Französischen Revolution von 1789, die wir verteidigen. Wir sind gegen jeglichen – auch freiwilligen – Religionsunterricht an staatlichen Schulen, egal ob christlich, jüdisch oder islamisch. Dort sollten wissenschaftliche Kenntnisse vermittelt werden und nicht religiöse Feindseligkeit gegenüber Wissenschaft und Fortschritt, wie etwa die potenziell tödliche Behauptung des Papstes, „Kondome verschlimmern das Aids-Problem“.

Religion ist eine wichtige Stütze des kapitalistischen Systems. Zur gewaltsamen Sicherung ihrer Herrschaft dient den Kapitalisten der bürgerliche Staat – im Kern Polizei, Armee, Gerichte und Gefängnisse. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise sind die ideologischen Institutionen, wie Kirchen und Medien, für die Kapitalisten unverzichtbar, um die Unantastbarkeit ihrer Ordnung zu predigen.

Getreu dem Motto „Kinder, Küche, Kirche“ ist die bürgerliche Familie, auf der die kapitalistische Gesellschaft aufbaut, das zentrale Instrument für die Unterdrückung von Frauen und Kindern und dient gleichzeitig dazu, konservative soziale Werte wie „Zucht und Ordnung“ von einer Gene-

ration zur nächsten weiterzugeben. Angesichts schlechterer Jobchancen, wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Mann und miserabler Kita-Versorgung ist immer noch ein Großteil der Frauen dazu gezwungen, die Kindererziehung als Teil von unbezahlter Hausarbeit zu erledigen, so dass für die Kapitalisten bei der Reproduktion der Arbeitskräfte möglichst geringe Kosten anfallen. Staat und Kirchen versuchen, alle Bereiche des Privatlebens mit ihrer konservativen und repressiven „Moral“ zu verseuchen, etwa mit reaktionären „Minderjährigkeits“-Gesetzen oder durch die Kriminalisierung von „Verbrechen“ ohne Opfer, wie z. B. Prostitution, jeglicher anderer Sex im gegenseitigen Einverständnis, Pornographie oder Drogenkonsum.

Um dem Elend von Frauenunterdrückung, Armut, Rassismus und Krieg – und damit der Grundlage von Religion – ein Ende zu setzen, ist es notwendig, den bürgerlichen Staat durch sozialistische Arbeiterrevolution zu zerschlagen und den Kapitalismus weltweit durch eine sozialistische Planwirtschaft unter der Herrschaft von Arbeiterräten zu ersetzen. Eine revolutionäre Arbeiterregierung wird auch eine umfassende wissenschaftliche Aufklärung gegen religiöse Vorurteile organisieren. Ausschlaggebend ist die Beseitigung der sozialen Grundlagen dieser Vorurteile. So haben Lenins und Trotzki Bolschewiki nach der Oktoberrevolution 1917 in Russland versucht, die Familie durch die Vergesellschaftung der Hausarbeit zu ersetzen und es den Frauen zum Beispiel durch Kinderbetreuung rund um die Uhr zu ermöglichen, voll am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. *Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

Gegen „Pro Reli“ hat sich die Kampagne „Pro Ethik plus Religion“ formiert, die von den Berliner Regierungsparteien SPD und Linkspartei sowie Grünen, Humanistischem Verband, GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft), Türkischem Bund u. a. getragen wird. „Pro Ethik“ und der „Ethik“-Unterricht stehen keineswegs im Gegensatz zu Religion. Vor allem im atheistischen Osten soll eine Brücke zur (christlichen) Religion gebaut werden. So ist für den Ethikunterricht die Kooperation mit Trägern des Religionsunterrichts im Rahmenlehrplan vorgeschrieben und wird an 30 Berliner Schulen bereits durchgeführt. Die Linkspartei verweist auf Plakaten mit dem Slogan „Religion ist freiwillig“ positiv auf den freiwilligen Religionsunterricht, der ebenfalls staatlich finanziert an den Schulen stattfindet. An den Berliner Grundschulen (Klassen 1 bis 6) ist die Teilnahme am Religionsunterricht theoretisch auch „freiwillig“ – nur nicht für die Kinder, da dort die Eltern darüber entscheiden. In der Praxis wird die Anmeldung zum Religionsunterricht gleich mit der Anmeldung zum Schulbesuch vorgenommen, mit dem Ergebnis, dass 80 Prozent der Berliner Grundschüler an Religions- oder Weltanschauungsunterricht teilnehmen. Und Linkspartei-Fraktionschefin Carola Bluhm betont: „Wir haben nicht grundsätzlich etwas dagegen, wenn die Kirchen am Ethikunterricht beteiligt werden“ (taz.de, 22. Mai 2008).

**Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!**

Religion soll also in der Schule bleiben, als „freiwilliges“ Unterrichtsfach und auch mit Hilfe des Ethikunterrichts.

Der staatliche Ethikunterricht wurde nach dem abscheulichen „Ehrenmord an der kurdisch-stämmigen Hatun Sürücü 2005 (siehe *Spartakist* Nr. 158, Frühjahr 2005) eingeführt. Unter dem Vorwand, den Einfluss des „fundamentalistischen“ Islam einzudämmen, sollen Kinder, deren Eltern türkischer oder arabischer Herkunft sind, mit den „guten“ bürgerlich-christlichen Werten der herrschenden deutschen Kapitalistenklasse konfrontiert werden. So die GEW-Führung: „Der von Pro Reli angestrebte Wahlpflichtbereich würde so auch dazu führen, dass sehr viele muslimische Jugendliche nur einen islamischen Religionsunterricht besuchen und fast nichts über das Christentum und den europäischen Humanismus erfahren“ (Pressemitteilung, 2. Dezember 2008). Der Kontext für diesen Missionseifer ist der rassistische „Krieg gegen den Terror“, der in Deutschland unter der SPD/Grünen-Regierung begann. Dieser richtet sich zuerst gegen die besonders unterdrückte muslimische und arabische Minderheit, zielt mit Maßnahmen wie dem Lauschangriff und der Vorratsdatenspeicherung aber letztlich gegen die gesamte Arbeiterklasse. Im Ethikunterricht soll den Schülern kein Wissen vermittelt werden, sondern verlogene bürgerlich-christliche Moralvorstellungen und der Glaube an das kapitalistische Grundgesetz. *Weg mit dem bürgerlich-christlichen Ethikunterricht!*

„Pro Ethik“ benutzt zynisch den Slogan „Gemeinsam, nicht getrennt“, um den Ethikunterricht als Integrationsmaßnahme für religiöse/ethnische Minderheiten darzustellen. Bildungssenator Zöllner (SPD) gab für den Berliner Senat den Ton gegen „Pro Reli“ an: „Jeder, der dann [wenn ‚Pro Reli‘ siegt] nicht in den Ethikunterricht geht, ist aus meiner Sicht ein Verlorener für die staatliche Aufgabe der Integration.“ Das ist der reinste Hohn und stempelt Kinder und Jugendliche ethnischer Minderheiten, die ihre eigene Religion wählen würden, anstatt in den Ethikunterricht zu gehen, als Sündenböcke ab. Es ist der *SPD/Linkspartei-Senat*, der in Berlin den Staat für die Kapitalisten verwaltet und so dafür verantwortlich ist, systematisch die Lebensgrundlage vieler Immigranten und ethnischer Minderheiten zu zerstören, direkt durch rassistische Abschiebung oder dadurch, dass sie in die Arbeitslosigkeit getrieben werden. Angriffe auf das Bildungssystem gehen einher mit massiven Kürzungen in sozialen Bereichen.

Während ihre Eltern oft in entscheidenden Sektoren der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften integriert sind, bekommen Jugendliche nichtdeutscher Herkunft kaum einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, der die Grundlage wäre für Unabhängigkeit und die Hoffnung, sich integrieren zu kön-

nen. So bekamen 2006/2007 deutschlandweit nur 14 Prozent aller „jungen Migranten“ einen mittleren oder höheren Schulabschluss, gegenüber 70 Prozent bei den „ethnisch Deutschen“. Bei der Ausbildungsquote ist das Verhältnis 23 Prozent zu 57 Prozent (*Tagesspiegel*, 20. Dezember 2007). Fast alle Linkspartei-Abgeordneten in Berlin haben kürzlich der Einführung einer reaktionären zentralen Schülerdatei zugestimmt, die neben diversen Personendaten der Schüler insbesondere auch ihre Staatsangehörigkeit und Muttersprache erfassen soll. Wohin das führt, sieht man an einem akuten Fall in Hamburg, wo die 15-jährige Magdalena und ihre Mutter nach Bolivien abgeschoben werden sollen, die von den Behörden durch das zentrale Schülerregister entdeckt wurden.

Gerade in Berlin sieht die herrschende Klasse eine ganze Schicht von Immigrant\*innen-Jugendlichen als „überflüssige“ Bevölkerung an, da sie für den Produktionsprozess nicht gebraucht werden. Jegliche Maßnahmen für wirkliche Integration, wie z. B. das Recht auf zweisprachigen Unterricht, widersprechen den Profitinteressen der Kapitalisten und wurden in Berlin fast gänzlich abgeschafft. Gleichzeitig fürchten die Herrschenden Jugendliche nichtdeutscher Herkunft als sozialen Sprengstoff. Der Senat sieht den Ethikunterricht einfach als besseres Mittel an, die ideologische Kontrolle über diese Jugendlichen zu sichern. Petra Pau, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, gibt dem nur einen „linken“ Anstrich: „Ethik‘ lebt vom Dialog aller Kulturen und Religionen. Wer dem eine Religion nach der anderen entziehen will, erstickt den multikulturellen Dialog.“ Das Gerede vom „Dialog der Kulturen“ leugnet die rassistische Diskriminierung der ethnischen Minderheiten, symbolisiert durch die Hetze gegen „Parallelgesellschaften“ oder „gewalttätige Migrantenjugendliche“, wie 2006 gegen die Neuköllner Rütli-Schüler. Nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“ benutzen die kapitalistischen Herrscher die Spaltung der Arbeiter entlang ethnischer und religiöser Linien, damit diese nicht vereint für ihre gemeinsamen Interessen kämpfen. Dringend notwendig ist die Verbindung des Kampfes gegen rassistische Unterdrückung mit dem Kampf der Arbeiterklasse, die allein das objektive Interesse und die soziale Macht hat, die materielle Grundlage des Rassismus zu beseitigen, indem sie den Kapitalismus stürzt. Wir kämpfen gegen rassistische Diskriminierung und nationalen Chauvinismus (z. B. Deutsch-Zwang auf dem Schulhof) und sind für die volle soziale, kulturelle und politische Gleichberechtigung, gegen jegliche Hindernisse für die Integration ethnischer Minderheiten in alle Bereiche der Gesellschaft – in Schule, Universität und Beruf. *Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Für Klassenkampf gegen den SPD/Linke-Senat!*

Die Konterrevolutionen, die Anfang der 1990er-Jahre in der Sowjetunion, in der DDR und den anderen deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas den Kapitalismus wiederherstellten, haben zu Massenarbeitslosigkeit und Elend von Frauen, Minderheiten und Arbeitern geführt. Das ist der Nährboden für den weltweiten Anstieg von religiösem Obskurantismus und gipfelt oft in blutigen Bürgerkriegen und nationalistischem Terror. Im Gegensatz dazu hat Religion in der DDR kaum eine Rolle gespielt – noch heute ist der Anteil der „Gottlosen“ im Osten *dreimal* so hoch wie im Westen! Die Enteignung der Kapitalisten und die geplante Wirtschaft bildeten die Grundlage dafür, dass Religion weitgehend überflüssig wurde: es gab keine Arbeitslosigkeit – insbesondere waren 90 Prozent der Frauen berufstätig! – und Kinderbetreuung und Bildung waren von hohem Niveau und praktisch kostenlos. Die herrschenden Stalinisten in der DDR, die jede selbstständige Regung der Arbeiterklasse bekämpften, benutzten jedoch weiterhin die („sozialistische“) Familie als Mittel zur Disziplinierung. Gleichzeitig

## **Seminarreihe der Spartakist-Jugend Berlin**



Freitag, 8. Mai 2009

### **Aufklärung, Rationalismus und die Ursprünge des Marxismus**

Freitag, 5. Juni 2009

### **Vor 70 Jahren: Trozismus kontra Volksfrontpolitik im Spanischen Bürgerkrieg**

Freitag, 26. Juni 2009

### **Arbeiterinnen und die Widersprüche des deformierten Arbeiterstaats China**

Jeweils 19 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon,  
Gneisenaustraße 2a (U-Bhf. Mehringdamm)

# Wiedereinsetzung der Todesstrafe droht weiterhin

## USA: Rassistisches Oberstes Gericht weist Mumias Antrag ab



Die folgende Erklärung wurde am 7. April vom amerikanischen Partisan Defense Committee herausgegeben.

**Mumia Abu-Jamal ist unmittelbar in Lebensgefahr!** Mit unverhüllter rassistischer Verachtung hat der Oberste Gerichtshof der USA am 6. April im Schnellverfahren ohne Kommentar den Antrag von Mumia abgewiesen, die abgekartete Verurteilung aufzuheben, die zum Todesurteil gegen diesen unschuldigen Mann führte. Das Gericht brauchte weniger als einen Geschäftstag, um Mumias Antrag abzulehnen, der auf dem Ausschluss von elf der fünfzehn möglichen schwarzen Geschworenen aus seinem Verfahren 1982 beruhte. Doch seit Wochen beraten diese Ras-

sen, dass er und nicht Mumia auf Faulkner schoss und ihn tötete.

Aber ein Gericht nach dem anderen hat sich geweigert, die Beweise auch nur in Betracht zu ziehen. Wie es Mumia in einem Interview am 6. April ausdrückte, zeigt die Entscheidung des Gerichts, dass „das Recht Politik mit anderen Mitteln ist und dass die Verfassung nichts bedeutet, dass eine faire Jury nichts bedeutet“. Mumias Fall beweist: **Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten.** Die Gerichte, Gefängnisse und die Polizei existieren dazu, durch organisierte Gewalt und Terror die Herrschaft der Kapitalisten über die arbeitende Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Seit wir 1987 Mumias Fall aufgriffen, sind wir dafür eingetreten, alle rechtlichen Möglichkeiten auszunutzen und gleichzeitig gegen jegliche Illusionen in die Gerichte des kapitalistischen Klassenfeinds zu kämpfen. Unser Programm der klassenkämpferischen Verteidigung ist diametral entgegengesetzt zum Programm der Liberalen und Reformisten, die gefährliche Illusionen verbreiten, wonach die Gerichte Mumia Gerechtigkeit widerfahren lassen könnten. Diese Illusionen manifestieren sich darin, dass die Forderung nach Mumias Freiheit der Forderung nach einem „neuen Prozess“ untergeordnet wird. Genau das machen schon seit vielen Jahren die Workers World Party, die International Socialist Organization, Socialist Action, die von Pam Africa geführten International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal und die vom Socialist-Action-Guru Jeff Mackler geführte San Francisco Mobilization to Free Mumia Abu-Jamal.

Wir kämpfen für Mumias Freiheit als Teil unseres Kampfes für die Befreiung der Schwarzen, ausgehend von dem Programm des revolutionären Integrationismus. Wir kämpfen gegen jeden Ausdruck von rassistischer Unterdrückung und dieser Kampf kann nur durch die volle soziale, politische und ökonomische Integration der schwarzen Bevölkerung in eine egalitäre **sozialistische** Gesellschaft siegreich sein. **Für Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution! Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**

## Freiheit für Mumia, jetzt!

sisten in schwarzen Roben über den Revisionsantrag des Bezirksstaatsanwalts von Philadelphia, das Todesurteil wieder in Kraft zu setzen, das vom Bezirksrichter William Yohn 2001 aufgehoben worden war. Macht euch keine Illusionen! **Es ist durchaus möglich, dass der neo-segregationistische Oberste Gerichtshof des amerikanischen Kapitalismus gerade den Strick für den Justizmord an Mumia Abu-Jamal vorbereitet.** Notwendig ist die Mobilisierung der multirassischen Arbeiterklasse unabhängig von und in Opposition zu dem kapitalistischen Staat und seinen politischen Repräsentanten, ob Demokraten, Republikanern oder den Grünen. **Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**

Mumia ist ein ehemaliger Sprecher der Black Panther Party, Unterstützer der MOVE-Organisation in Philadelphia und preisgekrönter Journalist. Er wurde aufgrund abgekarteter Anklagen beschuldigt, den Polizisten Daniel Faulkner in Philadelphia am 9. Dezember 1981 ermordet zu haben. Seit 27 Jahren lechzen die Bullen, Staatsanwälte, bürgerlichen Politiker und ihre Medienlakaien nach Mumias Blut, weil Mumia für sie eine Stimme der unnachgiebigen Opposition zu jeder Art rassistischer Diskriminierung ist. Berge von Beweismaterial haben Mumias Unschuld bewiesen, nicht zuletzt das Geständnis von Arnold Beverly,

räumten sie der evangelischen Kirche Freiräume ein, die dann von der SPD als Stützpunkte für die kapitalistische Konterrevolution benutzt wurden.

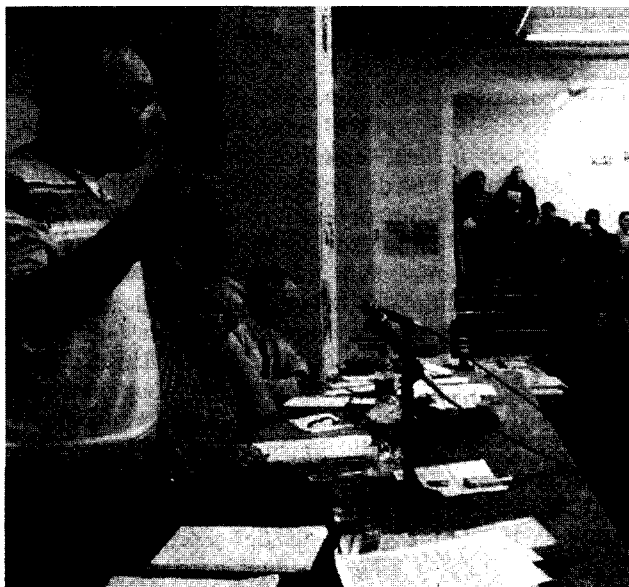
Anlässlich des 20. Jahrestages der Massenproteste vom Herbst 1989, die zum Zusammenbruch des SED-Regimes führten, läuft auch in den Schulen und Unis eine antikomunistische Kampagne, um diese Ereignisse von vorneherein als Schritte in Richtung einer „freiheitlich-demokratischen“ Konterrevolution zur Wiedervereinigung in einer „sozialen Marktwirtschaft“ umzudichten. Heute soll jeder Schüler und Student die Folgen der Konterrevolution nicht als historische Niederlage für die Arbeiterklasse begreifen und angesichts der kapitalistischen Krise „den Wertekonsens in unserer Gesellschaft“ nicht in Frage stellen. Tatsächlich waren die Proteste in der DDR 1989 der Beginn einer proletarisch-politischen Revolution. Bedeutende Teile der Demonstranten protestierten gegen die Missherrschaft der verknöcherten stalinistischen Bürokratie, aber für eine

erneuerte DDR auf **sozialistischer** Basis. Die Internationale Kommunistische Liga kämpfte als einzige Organisation dafür, die revolutionäre Führung zu schaffen, um die Arbeiter gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung und für eine **revolutionäre** Wiedervereinigung in einem roten Rätedeutschland zu mobilisieren – d. h. für proletarisch-politische Revolution im Osten und sozialistische Revolution zur Enteignung der Kapitalisten im Westen.

Der Kampf für eine Gesellschaft, die den Bedürfnissen aller und nicht den Profiten weniger dient, erfordert den Aufbau einer revolutionären, multiethnischen Arbeiterpartei, die gegen jede Form von Unterdrückung und für ein sozialistisches System kämpft. Die Spartakist-Jugend versucht, Jugendliche, die gegen die unvermeidlichen Übel des Kapitalismus – wie religiöse Rückständigkeit, Frauenunterdrückung und Rassismus – aktiv werden wollen, für diese marxistische Perspektive zu gewinnen. **Schließ Dich der Spartakist-Jugend an! Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!■**



# Britannien: Nieder mit protektionistischem Gift! Pseudotrotzkisten: Persilschein für chauvinistische Streiks



Paul Mattsson

**Links: Keith Gibson von der Socialist Party (Schwesterpartei der SAV) und Mitglied des Streikkomitees in Lindsey war entscheidend für die Organisation reaktionärer Streiks. Lindsey-Ölraffinerie, 30. Januar (rechts): Protektionistische Kundgebung richtet sich gegen ausländische Arbeiter**

Der nachfolgend abgedruckte Artikel ist übersetzt aus *Workers Hammer* Nr. 206, 24. März, der Zeitung unserer Genossen der *Spartacist League/Britain*.

Während die Arbeiter der Welt vor der größten Wirtschaftskrise seit der großen Depression stehen, schwappte eine Welle chauvinistischer Streiks, die sich gegen ausländische Arbeiter richteten, über die Baustellen britischer Ölraffinerien und Kraftwerke. Durch die Forderung „britische

## WORKERS HAMMER

Jobs für britische Arbeiter“, eine Forderung, die lange mit den Faschisten in Zusammenhang gebracht wurde, spielen diese Proteste das Spiel der Bosse – Arbeiter hinter Premierminister Gordon Brown (Labour Party) und die britischen Kapitalisten gegen immigrierte Arbeiter in Stellung zu bringen.

Der reaktionäre Charakter der Proteste wird grell durch die erzielte Übereinkunft bei der Lindsey-Ölraffinerie in Lincolnshire im Februar beleuchtet. Vermittelt durch den Schlichtungsservice ACAS enthält die Abmachung ein Versprechen des Managements, dass 102 Jobs, von denen erwartet wurde, dass sie italienische Arbeiter erhalten würden, jetzt britischen Arbeitern angeboten werden. Dieser schändliche Deal wird von Peter Taaffes Socialist Party (in Deutschland die SAV) als Sieg verkauft und als Vorbild für das Kraftwerk in Staythorpe in Nottinghamshire hochgehalten, wo Proteste gegen spanische und polnische Arbeiter bei Redaktionsschluss noch anhielten. In der Zwischenzeit hat es auf der Isle of Grain in Kent Proteste gegen

polnische Arbeiter gegeben. Das Ergebnis des Lindsey-Streiks bestätigt unsere Erklärung: „Die Streiks hatten weder zum Ziel, mehr Arbeitsplätze oder auch nur irgendeine Errungenschaft für die gesamte Arbeiterklasse zu erkämpfen, noch bestehende Arbeitsplätze zu verteidigen. Es ging darum, existierende Arbeitsplätze auf der Grundlage der Nationalität der Arbeiter umzuverteilen“ (siehe *Spartakist* Nr. 176, März 2009).

Dieser Kreuzzug für „britische Jobs für britische Arbeiter“ ist so entfernt von den Interessen der multiethnischen Arbeiterklasse, dass er sogar von der ausländerfeindlichen, gegen die Arbeiterklasse gerichteten Boulevardpresse unterstützt wird. Dementsprechend trat der Londoner *Evening Standard* am 16. Februar einen Sturm gegen im Ausland geborene Arbeiter los, die als „ortsansässig“ registriert sind und auf der Baustelle für die Olympischen Spiele 2012 arbeiten, und wettete: „Der *Evening Standard* hat Leute mit verschiedenem osteuropäischen Hintergrund gefunden, die auf der Stratford-Baustelle arbeiten, und auch Arbeiter mit indischer, pakistanischer und nepalesischer Herkunft.“ Während des Lindsey-Streiks wurde italienischen Arbeitern – die um ihr Leben fürchteten – von rassistischen Streikenden gesagt, sie sollten in ihr eigenes Land zurückgehen. Unterdessen plant die Regierung, ihre rassistischen Immigrationsgesetze zu verschärfen und die Rechte von Immigranten noch weiter einzuschränken.

Dieser Monat ist der 25. Jahrestag des Beginns des Bergarbeiterstreiks von 1984/85, und der Kontrast zwischen den heutigen Bauarbeiterstreiks und der heroischen Schlacht der Bergarbeiter könnte nicht klarer sein. Die streikenden Bergarbeiter waren mit der vollen Macht des kapitalisti-

schen Staates konfrontiert und werden bis zum heutigen Tag von der kapitalistischen Presse verleumdet. Zu der Zeit wurden die Bergarbeiter zum Volkstribun der unterdrückten Schichten der Gesellschaft: Frauen aus den Kohleabbaugebieten, Britanniens unterdrückte schwarze und asiatische Minderheiten wie auch Schwulen- und Lesbenverbände unterstützten den Streik gegen die verhasste Thatcher-Regierung. Im Gegensatz zu dem widerwärtigen Nationalismus, der in Lindsey und Staythorpe vorherrschte, inspirierte der Bergarbeiterstreik eine großartige Zurschaustellung von proletarischem Internationalismus von Arbeitern über die nationalen Linien hinweg: Französische Gewerkschaften ebenso wie Arbeiter in Irland und dem übrigen Europa, in Südafrika und der Sowjetunion schickten materielle Hilfe an die Bergarbeiter und ihre Familien.

Angesichts der gegenwärtigen weltweiten Angriffe auf Arbeitsplätze gibt es eine dringende Notwendigkeit, die Kraft der Gewerkschaften für Klassenkampf *gegen* die kapitalistischen Bosse, Browns Labour-Regierung und *in Opposition* zur Gewerkschaftsbürokratie zu mobilisieren. Um die Interessen der multiethnischen Arbeiterklasse wirklich zu verteidigen, ist ein Kampf für eine kürzere Arbeitswoche bei gleichem Lohn und eine gleitende Skala der Löhne und Arbeitszeiten erforderlich. Dies stünde im Gegensatz zu der gegenwärtigen Kampagne, die britische und ausländische Arbeiter gegeneinander hetzt und Rassismus gegen Immigranten schürt. Skandalöserweise hat Derek Simpson, einer der Vorsitzenden der Gewerkschaft Unite, diese Kampagne mit vergiftender Rhetorik unterstützt, während er neben der britischen Fahne, dem Union Jack, posierte. Der Union Jack ist das rassistische Symbol des Empires der Kolonialzeit, heute das Symbol der Unterjochung der Katholiken in Nordirland und der blutigen Besetzungen des Irak und Afghanistans. Wie wir im letzten *Workers Hammer* schrieben:

„Es ist für die Gewerkschaften lebenswichtig, gegen Rassismus zu kämpfen. Die von Labour gepriesene ‚flexible Wirtschaft‘ ist stark abhängig von immigrierten Arbeitern, die für erbärmliche Löhne arbeiten und einem Klima rassistischer Feindseligkeit gegenüberstehen. Der ‚Krieg gegen den Terror‘ der Regierung hat zu gesteigertem Rassismus gegenüber Muslimen geführt, die in den ärmsten Teilen der Arbeiterklasse konzentriert sind. Speziell im Zusammenhang mit der Rezession nehmen Angriffe auf immigrierte Arbeiter zu. Die Gewerkschaft Unite hat kürzlich gegen die Entscheidung von Subunternehmern beim Kraftwerk Staythorpe bei Newark protestiert, dass nur Arbeiter aus Übersee angeheuert werden, während örtliche Arbeiter nicht beschäftigt werden. Eine Demonstration vor dem Kraftwerk erinnerte an Gordon Browns Aufruf bei der GMB-Gewerkschaftskonferenz 2007 für ‚britische Jobs für britische Arbeiter‘ – eine Losung, die lange mit den Faschisten in Verbindung gebracht wurde. Wir stehen in heftiger Opposition zu solchen Teile-und-Herrsche-Strategien, die Arbeiter verschiedener Länder gegeneinander stellen. Wir sagen, dass die Gewerkschaften für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten* kämpfen müssen!“ (*Workers Hammer* Nr. 205, Winter 2008/2009)

Weit entfernt davon, den Kampf zur Verteidigung von Arbeitsplätzen zu organisieren, bietet die Gewerkschaftsbürokratie der Arbeiterklasse *nur* eine endlose Litanei chauvinistischer Rhetorik über britische Arbeitsplätze an, aber *keinen* Klassenkampf gegen die kapitalistische Ordnung, die die Welt in diese unheilvolle wirtschaftliche Lage brachte. Als die größten Autobauer der Welt zehntausende Entlassungen weltweit ankündigten, riefen die Unite-Bürokraten die Regierung dazu auf „die britische verarbeitende Industrie und den britischen Autosektor zu unterstützen“ (tgwu.org.uk). Als der deutsche Autobauer BMW im Februar in



Leaflet written by  
**KEITH GIBSON**  
(G.M.B. - unofficial LOR Strike Cttee)  
**JOHN McEWAN**  
(shop stewards national forum)  
both in personal capacities

## STRIKE WHILE THE IRON IS HOT

Iceland, Greece, France, Latvia ... all across Europe workers are taking to the streets in protest against

### WHAT DO WE WANT?

- Socialist Party thinks that the trade unions should fight for:
- No victimisation of workers taking solidarity action.
  - All workers in UK to be covered by NAECI Agreement
  - Union controlled registering of unemployed and locally skilled union members, with nominating rights as work becomes available
  - Government and employer investment in proper training / apprenticeships for new generation of construction workers – fight for a future for young people
  - All Immigrant labour to be unionised.
  - Trade Union assistance for immigrant workers - including interpreters - and access to Trade Union advice - to promote active integrated Trade Union Members

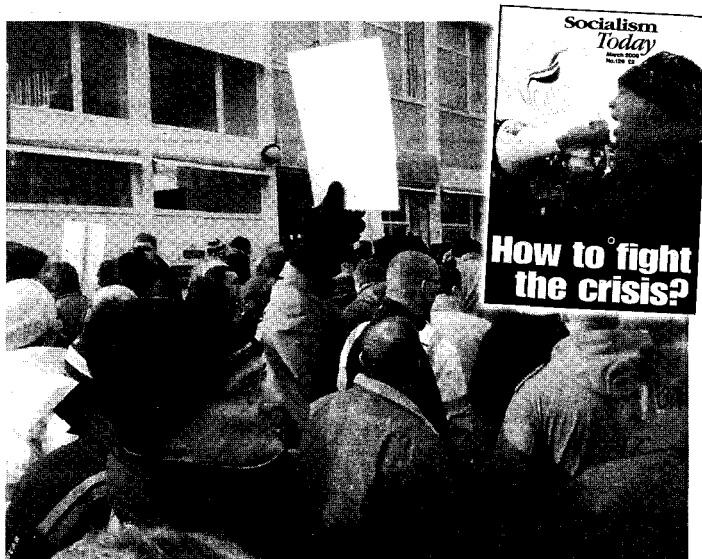
**Flugblatt der SP: „Gewerkschaftliche Registrierung der arbeitslosen und ortsansässigen gewerkschaftlichen Facharbeiter, mit einem Vorschlagsrecht, wenn Arbeit zur Verfügung steht.“ Das läuft auf „britische Jobs für britische Arbeiter“ hinaus**

Cowley kurzerhand 850 Arbeiter feuerte, erklärte der stellvertretende Unite-Vorsitzende Tony Woodley seine Loyalität gegenüber dem britischen Kapitalismus und sagte: „Ich spreche nicht nur für meine Mitglieder, sondern ich denke auch für Britannien, wenn ich nach einem Treffen mit Ihrer Firma frage“ (unitetheunion.com).

Die britische Industrie gehört solange den blutsaugenden Kapitalisten, bis eine Arbeiterrevolution sie ihnen aus den Händen reißt. Die Arbeiterklasse hat kein Vaterland! Nationalistischer Protektionismus schützt keinen einzigen Arbeitsplatz, wovon Rover-Arbeiter ein Lied singen können, die von Woodley ausverkauft wurden. Als BMW im Jahr 2000 erklärte, dass sie sich aus Rover in Birmingham zurückziehen würden, führte Woodley eine chauvinistische anti-deutsche Kampagne mit Plakaten wie: „Wir haben zwei Weltkriege gewonnen – lasst uns den dritten gewinnen.“

### Socialist Party suhlt sich im Sozialchauvinismus

Es ist nicht überraschend, dass Taaffes Socialist Party – die dafür berüchtigt ist, sich rückständigem Bewusstsein



Socialism Today

**Socialism Today, Zeitschrift der Socialist Party, leugnet Vorhandensein von ausländerfeindlichem Rassismus ... mit einem Foto, das ein Plakat nur von hinten zeigt!**



### Nottinghamshire, im Februar: Nationalistischer Protest beim Kraftwerk Staythorpe gegen spanische und polnische Arbeiter

anzupassen – die Rolle als herausragende Sprecherin für diese reaktionären Proteste angenommen hat und mit der Lüge hausieren geht, dass diese Streiks sich *nicht* gegen Immigranten richteten. Keith Gibson, ein Mitglied der Socialist Party, war im Streikkomitee des Lindsey-Streiks. Bei einer öffentlichen Veranstaltung am 13. Februar in London behauptete er: „Wir verhinderten, dass diese Auseinandersetzung auf der Schiene des Rassismus lief, wie die Medien es wollten, und brachten sie auf eine klare Klassenschiene, durch Diskussionen mit anderen Mitgliedern der Socialist Party“ (*Socialist*, 19. Februar). Taaffe behauptet, dass die Losung „britische Jobs für britische Arbeiter“ eine „kleinere Sache bei dem Streik“ war (*Socialism Today*, März 2009), während ein Bericht über den Lindsey-Streik im *Socialist* (5. Februar) angab, dass die faschistische British National Party (BNP) „bei dem Streik abgeprallt ist“. Das ist nicht der Punkt. **Warum hat die BNP den Streik unterstützt?** Die Socialist Party trägt ihren Teil der Verantwortung dafür, eine chauvinistische Kampagne zu führen, die enthusiastische Unterstützung von der faschistischen BNP bekommt!

Das einzige Verdienst der Socialist Party im Lindsey-Streik war, die Forderung „britische Jobs für britische Arbeiter“ zu *ersetzen* durch: „Gewerkschaftliche Registrierung der arbeitslosen und ortsansässigen Facharbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder sind, mit einem Vorschlagsrecht, wenn Arbeit zur Verfügung steht“. „Ortsansässige Gewerkschaftsmitglieder“ bedeutet in diesem Zusammenhang „britische Arbeiter“. Wie unser Artikel über den Streik bemerk-

te, haben andere Gruppen der Labour-treuen Linken wie Workers Power (in Deutschland: Gruppe Arbeitermacht) und die Socialist Workers Party (SWP, in Deutschland: Marx21 in der Linkspartei) es geschafft, eine richtige Position in Opposition zu den reaktionären Streiks einzunehmen. Für die SWP dauerte diese Opposition aber nicht lange. Während sie am Anfang des Streiks korrekterweise schrieben, dass „diese Streiks auf einem falschen Slogan basieren und auf die falschen Leute zielen“ (*Socialist Worker*, 31. Januar), zirkulieren sie jetzt eine Unterschriftenliste, die sowohl unaufrichtig als auch opportunistisch ist. Auf der einen Seite erklären sie:

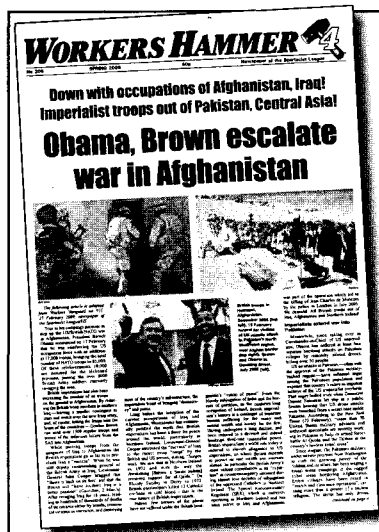
„Die Losung ‚britische Jobs für britische Arbeiter‘, die bei der Auseinandersetzung prominent wurde, kann nur zu tiefen Spaltungen in Arbeiterkreisen führen. Die Losung, wie sie von Gordon Brown in seiner Rede beim Labour-Parteitag 2007 aufgestellt wurde, wurde von den rechten Medien und der Nazi-BNP aufgenommen. Dies sind Kräfte, die der Gewerkschaftsbewegung immer erbittert feindlich gegenüberstanden.“

Jedoch fährt der Text fort: „Wir unterstützen die Forderungen des Streikkomitees der Lindsey-Ölraffinerie“ („Unite to fight for jobs petition“ [Unterschriftenliste: Einig im Kampf für Arbeitsplätze] auf [petitiononline.com](http://petitiononline.com)).

Diese Unterschriftenliste ist eine kriecherische Kapitulation vor der Socialist Party und der Gewerkschaftsbürokratie. Die wirkliche, gegen Ausländer gerichtete Bedeutung der Forderung der Streikenden von Lindsey für eine bevorzugte Einstellung von „ortsansässigen“ Gewerkschaftsmitgliedern wird unverkennbar in der Berichterstattung über den Streik im *Unite Newsletter*. Die Frühjahrsausgabe zitiert zustimmend Steven Bright, einen arbeitslosen Stahlbauer aus Newark, welcher „glaubt, dass ausländische Arbeiter Geld nach Hause schicken werden, statt es in der örtlichen Gemeinde auszugeben“, und der von der Regierung fordert, dass sie „verhindert, dass ausländische Arbeiter hierher kommen, um Arbeit zu tun, für die wir qualifiziert und verfügbar sind“. Der gleiche Artikel zitiert Simpson, dass es „eine Schande wäre, wenn britische Arbeiter davon ausgeschlossen wären, ihre eigenen Kraftwerke zu bauen“.

Wir bestehen darauf, dass es nicht das Anliegen der Gewerkschaftsbewegung sein darf, *wen* die Baufirmen anheuern, sondern *zu welchem Lohn und unter welchen Bedingungen sie arbeiten*. Ein wirklicher Streik würde die Versuche der Bosse durchkreuzen, das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen aller Arbeiter durch das Auspielen von Arbeitern verschiedener Nationalität „nach unten auszugleichen“, indem gefordert wird: **Volle Tariflöhne auf dem ortsüblichen Niveau, wer auch immer die Arbeit tut! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!**

Ein Streik für Arbeitsplätze für alle in der Bauindustrie – d.h. immigrierte Arbeiter eingeschlossen – wäre notwendigerweise der gegenwärtigen Kampagne *entgegengesetzt*, deren wahres Gesicht sich am 24. Februar bei einem Staythorpe-Protest in Newark, Nottinghamshire, zeigte, als wenigstens ein Demonstrant den Union Jack trug und ein Teil der Demonstranten „Ausländer raus“ rief. Als ein Video der Demonstration auf YouTube erschien, sah sich die erbärmliche Socialist Party gezwungen, die Anwesenheit rassistischer Elemente zuzugeben, und schrieb: „Besorgniserregenderweise rief eine kleine Minderheit der Arbeiter an der Spitze der Demonstration ‚Ausländer raus!‘“ ([socialist-party.org.uk](http://socialist-party.org.uk), 4. März). Die Socialist Party, die Mitglieder vor Ort hatte, sagt nicht, dass diese auch nur einen Piep eines Protestes äußerten, geschweige denn, dass sie diese Typen aus der Demonstration schmissen. Es ist zu bemerken, dass die Unterschriftenliste, die von der SWP unterstützt wird, auch von prominenten Labour-„Linken“ und Gewerkschaftsbürokraten wie John McDonnell, Tony Woodley und



## Abonniert

Workers Hammer

Zeitung der  
Spartacist League/Britain

Jahresabo  
€ 5,- (Europa)  
inkl. Spartacist  
(englische Ausgabe)

Zu beziehen über die  
Verlagsanschrift



Mark Serwotka unterschrieben wurde, aber *nicht* von Keith Gibson oder irgendeiner anderen prominenten Figur der Socialist Party. Das liegt wahrscheinlich an der (schwammigen) Opposition der Unterschriftenliste gegen „britische Jobs für britische Arbeiter“.

Konsequente Opposition gegen diese reaktionären Streiks erfordert ein revolutionär-internationalistisches Programm und die Perspektive, die multiethnische Arbeiterklasse in Britannien für einen Kampf zum revolutionären Sturz des rassistischen kapitalistischen Systems zu mobilisieren. Dies ist entgegengesetzt zu dem Programm der Socialist Party (und der SWP), deren „Sozialismus“ bloß das sozialdemokratische Programm der „alten“ Labour Party ist, das sich auf eine nationalisierte Industrie unter dem Kapitalismus verpflichtet, während der kapitalistische Staat erhalten bleibt. Der Reformismus von Labour ist von Natur aus protektionistisch, wie man heute krass sehen kann, wenn nach Nationalisierungen geschrien wird, um „britische“ Arbeitsplätze zu sichern und die Verluste des britischen Kapitalismus zu minimieren.

Die Werktätigen in diesem Land brauchen eine Partei, die für ihre Klasseninteressen kämpft, eine Arbeiterpartei, die dem Ziel verpflichtet ist, das bankrotte kapitalistische System durch die sozialistische Revolution wegzufegen und die kapitalistische Ordnung weltweit zu stürzen. Wir kämpfen für eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei, die Teil einer leninistisch-trozkistischen Internationale ist. Durch die sozialistische Revolution wird ein Arbeiterstaat errichtet, dessen Herrschaft nicht durch ein Parlament, sondern durch Sowjets (oder Arbeiterräte) ausgeübt wird und der die Basis für eine rational geplante Wirtschaft legt, die für die Bedürfnisse produziert und nicht für den Profit. Das wiederum wird eine Entwicklung der Produktivkräfte ermöglichen, so dass Armut, Mangel und Not beseitigt werden und die Basis für eine egalitäre sozialistische Gesellschaft gelegt wird.

**Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!**

Die weltweite Wirtschaftskrise hat zu tiefen Rissen in der Europäischen Union (EU) geführt. Dies war bei dem Notgipfel am 1. März offensichtlich, als der tschechische Ministerpräsident Mirek Topolánek, der gegenwärtig den rotierenden Vorsitz der EU innehat, Berichten zufolge vor Wut über den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy schäumte, als dieser vorschlug, dass der französischen Autoindustrie aus der Patsche geholfen wird, und diese dafür ihre Fabriken in Osteuropa schließen sollte, um in Frankreich zu produzieren. Ein Artikel in der *Times* vom Tag nach dem EU-Gipfel hatte die Überschrift: „Neuer ‚Eiserner Vorhang‘ wird Europa in Reiche und Arme spalten“, und behauptete:



Workers Hammer

**Oben: Zur Unterstützung des Bergarbeiterstreiks 1984/85 tragen schwarze und asiatische Arbeiter von Ford Dagenham das TGWU-Banner. Die Mobilisierung der sozialen Macht der multiethnischen Arbeiterklasse ist dem Protektionismus entgegengesetzt. Unten: Gründungskonferenz der Roten Gewerkschaftsinternationale 1921**



Labor Herald

„Zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer wurde westlichen Führern gestern gesagt, dass in den ‚neuen‘ östlichen Ländern der Europäischen Union fünf Millionen Arbeitsplätze gefährdet sind, wenn es nicht eine radikale Rettungsaktion dafür gibt“ (*Times*, 2. März).

Als proletarische Internationalisten stehen wir in Gegnerschaft zur EU, einem imperialistischen Konsortium, geschaffen, um die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Imperialisten gegenüber ihren Rivalen aus den USA und Japan zu erhöhen, während sie die Arbeiterklassen Europas ausquetschen, auch durch verschärften Rassismus gegen Minderheiten in der Arbeiterklasse. Wir waren auch gegen die Osterweiterung der EU in die früheren deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas, die die europäischen Bourgeoisien mit einem wesentlich größeren Angebot sehr billiger Arbeit versorgte. Gleichzeitig lehnen wir die Arbeitsverbote der westeuropäischen Regierungen gegen Arbeiter der „neuen“ EU-Mitgliedsstaaten ab.



Die russische Zeitung des KAI, *Rabotschaja Demokratija*, prahlt mit ihrer Unterstützung für den konterrevolutionären Jelzin-Mob: „Auf den Barrikaden in Moskau...“, „...und in Leningrad“

Die Osterweiterung der EU ist das Resultat der Konterrevolutionen, die von 1989 bis 1992 in Osteuropa und der Sowjetunion wüteten und die massive Arbeitslosigkeit und soziale Verelendung in diesen Ländern und der ganzen Welt hervorbrachten. Wir Trotzisten von der Internationalen Kommunistischen Liga kämpften dafür, die Arbeiterklasse zur Verteidigung der Errungenschaften zu mobilisieren, die diese Staaten verkörperten. Diese historische Niederlage der Arbeiter und Unterdrückten wurde von der SWP und der Socialist Party unterstützt. Die Taaffe-Leute standen auf Jelzins Barrikaden: Die Schlagzeile der Titelseite ihrer Zeitung *Rabotschaja Demokratija* (Oktober 1991) trompetete: „Wo wir waren“, „Auf den Barrikaden in Moskau...“, „...und in Leningrad“ (siehe *Spartakist* Nr. 155, Sommer 2004).

Die schmutzige Rolle der Taaffe-Leute in der Kampagne für „britische Jobs“ hat dazu geführt, dass Workers Power aus der „Kampagne für eine neue Arbeiterpartei“ (CNWP) der Taaffe-Anhänger ausgetreten ist. Das war wirklich zu spät und zu wenig. Workers Power ging am 1. März, als eine Mehrheit der CNWP für einen Antrag der Socialist Party stimmte, der den Lindsey-Streik als „einen Sieg der Arbeiterklasse“ bejubelte. Erst dann dämmerte es den glücklosen Workers-Power-Leuten, dass die CNWP „zu wenig mehr geworden ist als einer Front für die SP und einem Kanal für ihre Politik“ (Workers Power online bulletin, 10. März).

Die gegenwärtige Kampagne für „britische Jobs“ zeigt ein akkurates Bild davon, was für eine „Neue Arbeiterpartei“ die Taaffe-Leute aufbauen wollen. Aber dies ist nicht wirklich neu. Die Politik der Taaffe-Anhänger – inklusive ihrer Unterstützung für die Konterrevolution in der früheren Sowjetunion, ihrer Loyalität zum „demokratischen“ britischen Imperialismus mit seinen Polizisten und Gefängniswärtern sowie dem Sozialchauvinismus – ist integraler Bestandteil des Labour-Reformismus. Auch Workers Power teilt dieses Programm. Wie die Taaffe-Leute war auch Workers Power auf Jelzins Barrikaden für die Konterrevolution in Moskau 1991. 2006 spaltete sich Workers Power, und die meisten ihrer Gründungskader bildeten die Permanent

Revolution Group, die heute schamlos die Streiks für „britische Jobs“ unterstützt. Workers Power hat ständig Labour bei Wahlen unterstützt, nach der Spaltung haben beide Flügel diese Tradition hochgehalten. Als die „alte“ Labour-Partei 1969 an der Regierung war, schickte sie britische Truppen nach Nordirland, um die brutale, anti-katholische Royal Ulster Constabulary, die britische Kolonialpolizei in Nordirland, zu verstärken. In den 1970er-Jahren führte Labour niederträchtige Maßnahmen gegen Immigranten in Britannien ein. In dieser Tradition hat die Socialist Party sich jahrzehntelang geweigert, den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern.

In Britannien kann eine revolutionäre Partei nur durch Opposition zum Reformismus der Labour Party aufgebaut werden, der für mehr als ein Jahrhundert dazu diente, die Arbeiterklasse an ihre kapitalistischen Ausbeuter zu binden. Tony Blair begann den Prozess der Neugestaltung der Labour Party, weg von dem, was Lenin eine „bürgerliche Arbeiterpartei“ nannte. Labour hat heute schon einen gehörigen Weg zurückgelegt, eine offen bürgerliche Partei zu werden, und ist als reformistische Partei dem Tode geweiht. Peter Taaffe beschreibt die Wandlung von Labour unter Blair mit der Behauptung, dass „Führer wie Tony Blair in Britannien und ihre sozial-

demokratischen Cousins in Europa und anderswo ... ganz und gar auf die Seite der Bourgeoisie übergangen in der Folge des Zusammenbruch des Stalinismus“ (*Socialism Today*, März 2009).

Im Gegensatz zur Darstellung von Taaffe gingen die *Führer* der sozialdemokratischen Parteien bereits im August 1914, beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs, „ganz und gar“ auf die Seite der Bourgeoisie über. Die Führer der sozialdemokratischen Parteien wurden Sozialchauvinisten, wie Lenin sie nannte, weil sie die Arbeiterklasse hinter ihre „eigene“ Bourgeoisie geführt hatten. Das ist eine treffende Charakterisierung der Taaffe-Leute heute. Lenin kämpfte unnachgiebig dafür, die Arbeiterklassenbasis dieser Parteien durch eine politische *Spaltung* wegzubrechen von dem sozialchauvinistischen Lager der Arbeiterbewegung, dem Lager von Labour. Er schrieb:

„Der politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist derselbe: Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion, rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Misstrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber. *Der Sozialchauvinismus ist die direkte Weiterführung und Vollendung der englischen liberalen Arbeiterpolitik*“ („Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“, 1916).

Die IKL widmet sich der Aufgabe, durch unnachgiebigen Kampf gegen die Sozialdemokratie Trotzki's Vierte Internationale wiederzuschmieden, das notwendige Instrument im Kampf für neue Oktoberrevolutionen. Während die Welt heute erneut von einer Wirtschaftskrise zerrissen wird, heizen sich die Rivalitäten zwischen den wetteifernden imperialistischen Mächten auf. Das Proletariat muss von dem Programm internationaler Solidarität und internationalen Kampfes inspiriert werden, das Karl Marx und Friedrich Engels vor mehr als 160 Jahren auf das Banner der kommunistischen Bewegung geschrieben haben: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ■

# 1989/90: Eine politische Revolution entwickelt sich in der DDR

## Der Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands

*Nachfolgend drucken wir in redigierter Form eine Präsentation unseres Genossen Kurt Weiss ab, die sich auf seine Erfahrungen als Kader in der politischen Revolution in der DDR 1989/90 stützt. Sie wurde am 21. Mai 2005 in London auf dem Schulungstag der Spartacist League/Britain, britische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, gegeben und wurde im Workers Hammer (Nr. 192, Herbst 2005) veröffentlicht. Der Schulungstag erinnerte an den Kampf der IKL gegen die kapitalistische Konterrevolution in Ostdeutschland und der früheren Sowjetunion in der Periode 1989 bis 1992.*

Ich weiß nicht, ob jemand Gelegenheit hatte, die Fernsehberichte aus Moskau über die diesjährigen Feiern am 9. Mai zum Ende des Zweiten Weltkriegs zu verfolgen, aber ich fand sie obszön. Soldaten der russischen Armee marschierten mit dem Original der Sowjetfahne, die 1945 von einer heroischen Abteilung der Roten Armee auf dem Reichstag gehisst wurde. Die heutige russische Armee ist eine kapitalistische Armee, die nichts gemein hat mit der Roten Armee – der Armee des sowjetischen Arbeiterstaates. Trotzdem wurde diese Sowjetfahne in Moskau vor einer Reihe von imperialistischen Führern zur Schau gestellt, die der Hauptursprung von Massakern, Kriegen und Unterdrückung auf diesem Planeten sind. Dies war das allererste Mal, dass einem deutschen Kanzler die Teilnahme an dieser Feier gestattet wurde; Gerhard Schröder saß mit den Präsidenten Wladimir Putin, George Bush und Jacques Chirac zusammen.

Der 8. Mai sollte ein Feiertag für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten sein. Aber die Imperialisten haben ihn heuchlerisch in Beschlag genommen, in Deutschland wird er jetzt „Tag der Demokratie“ genannt. Auf dem Berliner Alexanderplatz, früher das Zentrum von Ostberlin, demonstrierten dieses Jahr deutsche Nazis unter Polizeischutz. Wir nahmen an einer linken Demonstration in Berlin teil mit Plakaten, die darauf hinwiesen, dass Putin in Tschetschenien einen dreckigen Krieg führt, Bush die brutale Besetzung des Irak anführt, Schröder Militär auf dem Balkan und in Afghanistan hat und dass alle sich damit beschäftigen, ihre eigene Arbeiterklasse anzugreifen. Der deutsche Staat versucht gerade, 50.000 Roma zurück in den Kosovo abzuschicken, wo ihnen in der Auseinandersetzung zwischen Serben und Albanern ein sehr gefährliches Schicksal bevorsteht. Als die deutsche SPD/Grünen-Regierung die ersten Truppen zum Einsatz auf dem Balkan mobilisierte, führten Außenminister Joschka Fischer und der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping eine Kampagne zur Rechtfertigung und sagten, der Zweck wäre, ein weiteres Auschwitz zu verhindern. Dieser Vorstoß der deutschen Imperialisten, bei der Neuaufteilung der Welt ganz vorne



Fotos: Spartakist

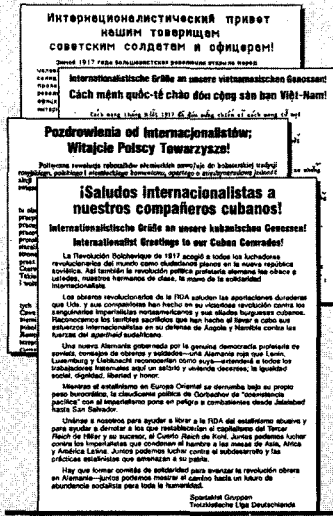
**Ostberlin, 14. Januar 1990: Spartakisten bei Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (oben). Spartakist-Sprecherin auf dem Podium vor 250 000 Demonstranten im Treptower Park (unten). Spartakist-Wahlplakat für die Volkammerwahlen vom März 1990**



mitzumischen, ist eine Bedrohung für alle Unterdrückten auf diesem Planeten. Und der Grund, dass dies passiert, ist der Sieg der Konterrevolution vor 15 Jahren.

### Die DDR wurde durch die Zerschlagung des Naziregimes gegründet

Unsere damalige Intervention in die DDR und die Sowjetunion war ein entscheidender Test für die Internationale Kommunistische Liga als revolutionäre Organisation und warf ein Licht darauf, wie schändlich all diese pseudotrotzkistischen Organisationen die Konterrevolution und die Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa unterstützten. Die russische Frage ist wirklich die Frage der Revolution, und wir müssen daraus



DDR 1989/90: IKL verbreitete internationalistische Grüße auf Russisch, Vietnamesisch, Poinisch und Spanisch (Mitte). Arbeiterpressekorrespondenz (links). Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 14, auf Deutsch und Russisch

die Lehren ziehen, um voranzukommen im Kampf für die revolutionäre Befreiung der Arbeiterklasse. Die Schaffung der DDR stand in direkter Verbindung zu gewaltigen Opfern der sowjetischen Bevölkerung. Der Sturz des barbarischen Naziregimes, das verantwortlich war für den Holocaust – in dem sechs Millionen Juden ermordet wurden und auch viele Sinti und Roma, Homosexuelle und andere Menschen – kostete die Sowjetunion etwa 28 Millionen ihrer Bürger. Die imperialistischen Alliierten griffen an der Westfront erst ein, als es galt, schnell nach Berlin vorzustoßen und zu verhindern, dass die Rote Armee ganz Europa übernimmt. Dieser Sieg der Roten Armee erfolgte trotz Stalin, und als die Kreml-Stalinsten mit dem Kalten Krieg konfrontiert wurden, schafften sie in Ostdeutschland das Privateigentum ab und errichteten einen deformierten Arbeiterstaat – die DDR – auf die ihnen eigene bürokratische Art.

Aber es war eine wirkliche soziale Revolution, die eine Ausweitung der vergesellschafteten Eigentumsformen der Sowjetunion nach Ostdeutschland mit sich brachte und die daher sehr polarisierend war. Im Wesentlichen flohen 1945 alle Nazis in den Westen, darunter nicht nur die Industriebosse, sondern auch die reaktionäre Klasse der Junker, die die Basis der Freikorps gestellt hatte (faschistoide paramilitärische Einheiten, die 1919 als brutale konterrevolutionäre Stoßtruppen eingesetzt und später in die reguläre Armee

eingegliedert wurden). Unterdessen kamen Auswanderer, Juden und Kommunisten zurück in den befreiten Teil des Landes, darunter Persönlichkeiten wie Markus Wolf, späterer Chef des ostdeutschen Auslandsgeheimdienstes; der Dramaturg Bertolt Brecht; der Schriftsteller Stefan Heym; Ruth Werner, die ein Mitglied der Roten Kapelle (sowjetisches Spionagenetzwerk) gewesen war, und weitere. Erich Honecker, der später Staatschef wurde, war bei Kriegsende in Gestapo-Haft. Mit anderen Worten, Teile der Bürokratie und auch ein großer Teil der Bevölkerung traf eine bewusste politische Entscheidung, dort zu leben, wenn sie es sich aussuchen konnten.

Die Landwirtschaft wurde praktisch sofort kollektiviert. Große Kollektivbetriebe wurden mit Traktoren und anderem Gerät zur gemeinschaftlichen Nutzung ausgestattet. Im Gegensatz dazu flossen in das kapitalistische Westdeutschland erhebliche Gelder der amerikanischen Bourgeoisie. Die CIA baute die deutsche Sozialdemokratie wieder auf, um die Kampfbereitschaft und die sozialistischen Bestrebungen der westdeutschen Arbeiterklasse unter Kontrolle zu halten. Andere Organisationen waren von den alliierten Kräften verboten worden; Gewerkschaften wurden erst später erlaubt und nur unter der Kontrolle der CIA. Bis Anfang der 50er-Jahre waren dann viele Nazis – die Leute, die Hitler finanziert und an die Macht gebracht hatten – wieder im Amt, so die Stahlbarone Krupp und Thyssen oder der frühere SS-Offizier Hanns-Martin Schleyer (der 1977 von Guerillas der Roten Armee Fraktion hingerichtet wurde). Zu der Zeit war er Vorsitzender des Bundes der Deutschen Industrie und Chef von Daimler-Benz. Der Nazi-Kriegsverbrecher Adolf Eichmann, der unmittelbar für die Organisation des Massenmordes an Juden verantwortlich war, arbeitete als Elektriker in der argentinischen Niederlassung der Firma.

Der Geheimdienst der Nazis wurde komplett übernommen, und frühere Armeegeneräle wurden eingesetzt, um die westdeutsche Armee für den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion wieder aufzubauen – sie hatten ja offensichtlich einige Erfahrung auf diesem Gebiet. Das meinen wir, wenn wir von der Kontinuität der heutigen herrschenden Klasse Deutschlands mit der Bourgeoisie von Auschwitz reden – das ist konkret, es existiert in Form von Kapital und Privateigentum –, es ist real. Um euch ein anderes kleines Beispiel zu geben: Nach der Konterrevolution in der DDR wurde der äußerst unbeliebte Chef des DDR-Geheimdienstes, Erich Mielke, vom siegreichen deutschen Staat vor Gericht gestellt, weil er 1931 in der Weimarer Republik zwei Bullen getötet habe. Der Hintergrund dazu ist der 1. Mai 1929 in Berlin, bekannt als Blutmai, als Bullen im Arbeiterviertel Wedding über 30 Arbeiter ermordeten. Es wurde

# SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

---

**Abonniert die Zeitung der SpAD!**

Jahresabo (6 Ausgaben): € 4,-

Auslandsabo: € 7,50     Übersee Luftpost: € 10,-

Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

177

Bestellt bei:  
 Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin  
 Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 10060  
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF



behauptet, dass Mielke an der Vergeltung gegen diese Bullen beteiligt war. Indem sie Mielke nach der Konterrevolution den Prozess machte, wollte die deutsche Bourgeoisie wirklich den Punkt machen: Wir haben hier Kontinuität und wir werden dich drankriegen, wenn du unsere Ordnung heraufforderst. Wir verteidigten Mielke und sagten, dass er von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt wurde.

Wir verteidigten die DDR als einen Arbeiterstaat, ohne jegliche Bedingungen, gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Während die DDR existierte, war die deutsche Nation in zwei Staaten geteilt, die sich im Klassencharakter unterschieden. Die geplante Wirtschaft diente nicht Profiten, sondern diente der Produktion von mehr Gütern für die Gesellschaft. Ein sehr einfacher Fakt zum Beispiel ist, dass die DDR eine sehr große Fischereiflotte an der Ostseeküste hatte, die die ganze Bevölkerung mit Fisch versorgte, aber keinen Profit machte. Nach der Konterrevolution brach die Fischereiindustrie über Nacht zusammen und die gesamte Flotte wurde verkauft.

Die Frage der Verteidigung der DDR war extrem kontrovers und wir waren sehr bekannt dafür. Das war eine sehr wichtige Vorbedingung für unsere spätere Intervention in die politische Revolution in der DDR. Berlin war eine Grenze im Kalten Krieg. Die Maoisten riefen dort einerseits „Ho, Ho, Ho Chi Minh!“ und andererseits „Nieder mit der Mauer!“ Wir verteidigten die Mauer als eine defensive Maßnahme der DDR gegen den Zusammenbruch ihrer Wirtschaft, die verhindern sollte, dass Fachkräfte das Land verlassen. Die Cliff-Unterstützer sagten „weder Washington noch Moskau“; in Berlin hieß das, dass sie versuchten auf der Mauer zu tanzen. Also ist es nicht überraschend, dass ihre Gruppe in Berlin nicht gerade besonders groß war!

Die DDR hatte wohl das fortschrittlichste soziale System auf der Welt: 90 Prozent der Frauen hatten Jobs; es gab ein breites Netz von Kindergärten, das sogenannte „Babyjahr“, in dem man zu Hause bleiben, das Baby aufziehen konnte und trotzdem Lohn erhielt. Es gab Essen in den Schulen und Kindergärten und ein System von Kantinen und Wäschereien zu niedrigen Preisen. Zur gleichen Zeit – und das war ein typischer Widerspruch – bestand die stalinistische Bürokratie darauf, dass die Familie die „Keimzelle des Sozialismus“ sei, was für Frauen bedeutete, dass sie nach ihrer Schicht auf Arbeit noch eine Schicht zu Hause zu leisten hatten. Die Bevölkerung der DDR war zu 95 Prozent atheistisch, weil die materielle Grundlage für Religion unterminiert war. Selbst heute noch beschwerten sich führende bürgerliche Zeitungen in Deutschland, dass die Kirche in der ehemaligen DDR keinen großen Fortschritt macht. Studenten an den Universitäten bekamen ihre Kosten vom Staat bezahlt; wenn man schwanger wurde, während man an der Universität war, gab es Kinderbetreuung und man konnte weiter studieren. Die Frage, ob man Kinder haben wollte oder nicht, ob man eins oder zwei haben wollte, war nicht in erster Linie eine Frage der ökonomischen Mittel.

Ein unabhängiges Einkommen, ein sicherer Job und staatlich organisierte Kinderbetreuung erwiesen sich als machtvoller Motor für die Emanzipation der Frau: Ingenieurinnen, Chemiearbeiterinnen oder Kranführerinnen in Stahlwerken waren ganz alltäglich. Das traf auf Jobs allgemein zu – es gab keine Arbeitslosigkeit. Ich erinnere mich daran, als ich einmal in einer Bar in Halle war. Man konnte sich nicht frei aussuchen, zu wem man sich setzt, und wir wurden neben eine Gruppe von Leuten gesetzt, die die gan-



Jewgeni Chaldei

**Mai 1945: Soldaten der heldenhaften Roten Armee hissen die rote Fahne auf dem Reichstag des besiegten Nazideutschlands. Obszönerweise wird diese Sowjetfahne bei den jährlichen Siegesfeierlichkeiten von den kapitalistischen Herrschern Russlands beansprucht**

ze Zeit diskutierten, ob sie oder ob sie nicht diesen oder jenen Job nehmen sollen. Ich dachte, mein Gott, sie haben wirklich ganz andere Probleme als wir! Das war ein Vorgesmack des Potenzials, das existieren würde, wenn es Planwirtschaft auf der ganzen Welt gibt. Von der anderen Seite der Mauer betrachtet, vom Westen aus, gab es ein Sprichwort unter Westgewerkschaftern: Immer wenn es Verhandlungen im Westen zwischen Gewerkschaften und dem Management gab, saß eine „unsichtbare Person“ mit am Verhandlungstisch, gemeint war die DDR. Die westdeutsche Bourgeoisie musste bestimmte Zugeständnisse machen, weil Leute sahen, welche Vorteile im Osten existierten.

### **Widersprüche eines deformierten Arbeiterstaates**

Aber der Staat wurde von einer stalinistischen Bürokratie geführt und es existierten auch reale Widersprüche. Es gab da einen Witz, der euch zeigt, wie die verschiedenen Generationen von Führern gesehen wurden. Die Transsibirische Eisenbahn muss anhalten, weil plötzlich die Gleise zu Ende sind. Was würden die großen sozialistischen Führer tun? Stalin würde den Lokführer erschießen lassen. Breschnjew würde die Gleise hinter dem Zug herausreißen und sie vor dem Zug neu verlegen lassen. So würde der Zug langsam, aber sicher sein Ziel erreichen. Honecker würde alle Genossen aufrufen, auszusteigen und am Zug zu rütteln, so dass die Passagiere den Eindruck hätten, es ginge voran! Der DDR mangelte es an natürlichen Ressourcen. Aber sie entwickelte massiv den Maschinenbau und baute ihre eigene Computerindustrie auf. 1988 überreichte Honecker stolz Gorbatschow den ersten Mikrochip, der in der DDR hergestellt worden war. Aber der Produktionsausstoß der Fließbänder war immer klein und die Produktivität war gering. DDR-Wissenschaftler und -Ingenieure waren gezwungen, alles selbst zu entwickeln und jedes Teil selbst zu produzieren – eine „sozialistische Wirtschaft in einem Land“, die die Ressourcen erschöpft. Die politische Isolation der DDR vom Hightech-Weltmarkt und der Mangel an realer Arbeitsteilung im bürokratischen RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) machten es noch schlimmer.



Unter diesen Umständen hatten Gorbatschows Perestroika-Reformen gewaltige Auswirkungen. Erdöl, das zu einem sehr geringen Preis in die DDR geliefert worden war – durch die sogenannte „Erdölleitung Freundschaft“ aus der Sowjetunion –, musste plötzlich zu Weltmarktpreisen gekauft werden. Um das zu bezahlen, musste die DDR mehr in den Westen exportieren, was bedeutete, dass weniger Waren in der DDR erhältlich waren. Dies führte zu mehr Unzufriedenheit und die Regierung musste sich mehr von den westdeutschen Bankiers leihen. Im Herbst 89 beliefen sich die Schulden auf 26,5 Milliarden Dollar. Bei einem RGW-Tref-

schauser Vertrages halten. Trotzdem gab es zunehmend Befürchtungen von Teilen der Bürokratie in der DDR – und in der Sowjetunion –, dass die DDR als Verhandlungsmasse benutzt werden solle. Viele Leute erinnerten sich, dass Stalin 1952 dem damaligen westdeutschen Kanzler Konrad Adenauer in einem Brief die deutsche Vereinigung angeboten hatte im Austausch dafür, dass Westdeutschland nicht der NATO beiträte.

Das Jahr 1989 war entscheidend für den Warschauer Vertrag. Auch die internationale Planung brach vollständig zusammen, was zu Störungen der Produktion in der DDR und anderen Arbeiterstaaten führte. Die nationalen Rivalitäten zwischen den verschiedenen stalinistischen Bürokratien nahmen zu, und es gab nationalistische Unruhen innerhalb der Sowjetunion. Bürgerkriegsähnliche Situationen existierten im Baltikum und auch in Armenien über die Frage von Nagorny Karabach. In China gab es eine beginnende politische Revolution, die von der chinesischen Armee niedergeschlagen wurde. Und in der DDR herrschte ein allgemeines Gefühl unter Arbeitern und Studenten vor, dass es für „Sozialismus“ in einem halben Land keinen Weg vorwärts gab. Honecker hatte erklärt, dass bis 1990 die Wohnungsfrage in der DDR gelöst sein werde. Geplant war, Millionen neuer Wohnungen zu bauen, und es wurden Hochhäuser aus vorgefertigten Betonplatten errichtet, und sie schafften es tatsächlich. Allerdings wurde dafür die Instandhaltung der bestehenden Gebäude schrecklich vernachlässigt.



Fotos: Spartakist

### Berlin, 4. November 1989: Prosozialistische Losungen auf millionenstarker Demo, Ausdruck von beginnender proletarisch-politischer Revolution

fen in Sofia im November 1986 machte Gorbatschow klar, dass die Sowjetunion Länder wie Ungarn, Polen, DDR nicht länger subventionieren würde und dass alle ihre Waren zu Weltmarktpreisen verkaufen müssten. 1989 bezeichnete Gennadi Gerasimow, Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, dies als Wechsel von der „Breschnejew-Doktrin“ (dass die „sozialistischen“ Länder sich gegen jegliche kapitalistische Bedrohung vereinen müssten) hin zur „Sinatra-Doktrin“, benannt nach dem Song „I did it my way“ (Ich hab’s auf meine Weise getan). Jeder musste es auf „seine Weise“ tun, was bedeutete, dass die verschiedenen nationalen Bürokratien darum kämpften, „ihre“ jeweilige nationale Wirtschaft am Laufen zu halten, wobei sie mehr und mehr in Abhängigkeit von Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und den westlichen Banken gerieten.

Auch in der politischen Arena führte Gorbatschow bedeutende politische Änderungen herbei. 1989 zog er die sowjetischen Truppen aus Afghanistan ab, ein Verrat, der besondere Auswirkungen auf die DDR hatte. Im Sommer 1989 hatte sich Gorbatschow mit dem damaligen westdeutschen Kanzler Helmut Kohl in Bonn getroffen. Zur gleichen Zeit, im Juni 1989, hielt einer von Gorbatschows Beratern für die Deutschland-Politik, W.I. Daschitschew, eine Rede in Köln, in der er erklärte, dass jegliche Verbesserungen in den Beziehungen zwischen Sowjetunion und NATO gravierende Konsequenzen für die „Souveränität“ der DDR haben würden. Als also Honecker später im Sommer Gorbatschow bei einer Tagung des Warschauer Vertrages traf, fragte er ihn: „Wann Feuerst du Daschitschew?“ Gorbatschow behauptete, er wisse nicht, wer Daschitschew sei, und sagte, er würde sich an die Verpflichtungen des War-

sigt. Es gibt einen Witz darüber, wie Honecker 1988 die dreimillionste Wohnung in Berlin einweihet. Die Funktionäre kommen, man öffnet eine Sektflasche. Doch als der Korken „Plopp“ macht, bringt das im Hintergrund einen Altbau zum Einsturz!

Die sich entwickelnde politische Revolution führte zur Öffnung der Berliner Mauer. Wir intervenierten sofort und brachten unsere tägliche Zeitung *Arbeiterpressekorrespondenz* (*Arprekorr*) heraus. Wir konnten nun in den Osten und dort unsere Propaganda verbreiten – aber vorher gab es mit den Grenztruppen Diskussionen über diese Propaganda! Eine unserer Hauptüberschriften war: „Kein Ausverkauf der DDR! Arbeiter- und Soldatenräte, jetzt!“ Wir sahen unsere Zeitung als kollektiven Organisator und als das Hauptwerkzeug, Spartakist-Gruppen aufzubauen. Unser Programm drückte die historischen Bedürfnisse der Arbeiter aus und hatte enorme Auswirkungen. Ein Beispiel: In Rostock gab es eine Demo gegen jeglichen Ausverkauf der DDR. Viele Leute dort waren Mitglieder der SED, aber sie hatten absolut keine Propaganda in den Händen, die ihre Opposition gegen den Ausverkauf zum Ausdruck brachte. Die SED-Zeitung *Neues Deutschland* war voll mit Nachrichten über Verhandlungen mit dem westdeutschen Kanzler und Versprechungen von Geld, Bankkrediten usw. Als also westliche Kamerateams auftauchten, hielten alle unser Flugblatt hoch, weil es einen Weg aufzeigte, wie man gegen den Ausverkauf kämpfen konnte. Wir riefen zu Arbeiterräten auf und erklärten, dass die Leute, die in den Fabriken arbeiteten, mit entscheiden sollten, was sie produzieren. Wir versuchten, Lehren der Revolution von 1905 in Russland anzuwenden, als Lenin die bolschewistische Partei nach außen

wendete, um den politischen Einfluss des Programms in einer revolutionären Situation auszuweiten.

Wir benutzten unsere Presse als kollektiven Organisator und Kristallisationspunkt für die Avantgardepartei; wir gaben Bündel davon jedem Arbeiter oder Studenten, der mit der politischen Linie übereinstimmte und bereit war, sie zu verbreiten. Unsere zweite Erklärung hatte die Überschrift „Was wollen die Spartakisten“. Leute, die damit übereinstimmten, konnten in unsere Gruppen eintreten. Dort stand:

„Verteidigt die historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die durch den Sturz des Kapitalismus erreicht wurden – verteidigt die Sowjetunion gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!

Der enorme wirtschaftliche und politische Druck des westlichen Kapitalismus, mit Hilfe der Sozialdemokraten – Erben der Mörder von Luxemburg und Liebknecht –, hat eine blutige Konterrevolution in Osteuropa zum Ziel. Wir Trotzisten sind gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands. Nein zu einer Republik der Deutschen Bank! Rätewahl in der DDR würde die Arbeiter in Westdeutschland anfeuern – für ein rotes Rätendeutschland im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!“ (Arprekorr Nr. 1, 7. Dezember 1989)

Unsere Arbeit bestand darin, herumzureisen, Gruppen zu treffen, unsere Presse bündelweise zu verbreiten und politische Anleitung zu geben. Diskussionen drehten sich um das, was aktuell passierte: Warum werden Betriebe verkauft, warum tauchen Kapitalisten in den Betrieben auf; wie sollen sich die Arbeiter organisieren? Wir waren nicht bereit, mit irgendwelchen bürokratischen Kräften innerhalb der SED einen Block einzugehen, aber jeder, der bereit war, unsere Literatur zu verbreiten, konnte das tun, auch wenn derjenige Mitglied der SED blieb – im Grunde genommen erlaubten wir eine Art „doppelter Mitgliedschaft“. Wir erklärten Leuten die Traditionen der Linken Opposition, um ihnen eine Vorstellung davon zu geben, wer wir sind und woher wir kommen. Unser *Spartacist* (deutsche Ausgabe Nr. 14, Winter 1989/90) „Trotzkismus: Was er nicht ist – und was er ist“ war extrem hilfreich. Manchmal standen Leute Schlange, um ein Exemplar zu bekommen, und man brauchte einen Genossen, der sie verteilte, und einen anderen, um das Geld einzusammeln. Es war wirklich unglaublich – und ein klassisches Beispiel für eine revolutionäre Situation. Kürzlich kam in Magdeburg jemand auf mich zu und sagte, dass er früher unsere Literatur verkauft und an unseren Veranstaltungen teilgenommen hat. Selbst wenn die revolutionäre Welle vorbei ist, bleibt doch die Erinnerung daran.

### Leninistischer Volkstribun

Im März 1990 stellten wir Kandidaten für die Volkskammerwahlen in der DDR auf. Da gab es eine kleine neu gegründete Organisation, die sich Kommunistische Partei Deutschlands nannte und behauptete, gegen die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands einzutreten. Aber auf ihrer Konferenz in Frankfurt/Oder stimmte sie für ein

Programm, das den Vorschlag des SED-Führers Hans Modrow für eine Konföderation mit Westdeutschland begrüßte und für die Einführung von Marktreformenten à la Perestroika argumentierte. Wir hatten eine hitzige Auseinandersetzung mit ihnen und es gab eine Gruppe von Leuten, die zuhörten, dabei war ein älterer Mann, der die Zeitung kaufte. Er war der Kommandeur einer Betriebskampfgruppe bei den großen Leuna-Chemiewerken zwischen Leipzig und Halle, wo etwa 25000 Arbeiter beschäftigt waren.

Wir gingen mit ihm dorthin und hatten eine wirkliche Diskussion mit ihm und seinen Kollegen im Werk. Bei die-



Spartakist

**20. Juni 1992: Block der Spartakisten bei Demo in Ostberlin gegen das reaktionäre westdeutsche Abtreibungsgesetz**

ser Versammlung erklärten wir, was eine Übernahme durch westdeutsche Chemie Giganten wie Bayer und Höchst für die Arbeiter dieses Werks bedeuten würde. Wir diskutierten die Tatsache, dass genau dieses Werk (Leuna) der IG Farben gehörte, dem Konzern, der Zyklon B produzierte, das die Nazis für den Massenmord in den Konzentrationslagern einsetzten. Der Konzern wurde 1945 enteignet, aber bei einer Wiedervereinigung würde er seinen ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben werden. Der Betriebskampfgruppen-Kommandeur brach mit der KPD und unterstützte unsere Wahlkampagne für die Volkskammerwahlen und verbreitete unser Material, auch im Leunawerk selbst. Die KPD in der Hallenser Gegend unterstützte uns ebenfalls auf Grund unserer ausdrücklichen Opposition gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands.

Um bei diesen Wahlen anzutreten, brauchte man drei Leute, die einen Kandidaten unterstützten. In Halle hatten wir einen Arbeiter aus Leuna, der ein Führer der SED und ein Führer einer Betriebskampfgruppe war; eine Frau, die am Fließband in einer Chemiefabrik arbeitete, der aber die SED-Mitgliedschaft verweigert worden war, weil sie die Bürokraten kritisiert hatte; und wir hatten einen Maschinisten einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft. Unser Kandidat in der Region war ein Schwarzer mit Rastalocken, ein früherer Führer der örtlichen SED-Jugendorganisation. Dieser Teil Sachsens war für kurze Zeit von US-Truppen besetzt gewesen und er war der Enkel eines schwarzen Soldaten. Als die lokale Presse die verschiedenen Kandidaten aller Parteien vorstellte und wofür sie eintraten, konnte man wirklich den Unterschied zwischen uns und allen anderen sehen. Wir zogen andere Leute an als die

anderen Parteien, wir hatten ein anderes Programm und es war klar, dass wir ein „Volkstribun“ waren.

Im Juni 1990 nach der Wahlkampagne hatten wir eine Veranstaltung, bei der ein schwarzer Genosse der Spartacist League/U.S. sprach; mosambikanische Arbeiter nahmen teil und wir diskutierten über Malcolm X und die Bürgerrechtskämpfe in Amerika. Es gab viele ausländische Vertragsarbeiter in der DDR; neben den Mosambikanern stellten Vietnamesen die größte Gruppe. Es gab eine Gruppe Kubaner und natürlich die rund 400 000 Soldaten der Roten Armee. Daher war es extrem wichtig, dass wir von Anfang an Material in ihren Sprachen verteilten. Wir führten eine Kampagne gegen einen Versuch der Modrow-Regierung, ein rassistisches Verbot einzuführen, das sich gegen polnische Kunden in Ostberliner Kaufhallen richtete. Wir verteidigten Immigranten und traten für volle Staatsbürgerrechte für alle ein, die es hierher geschafft hatten und *hier bleiben wollten*, dies war Teil unseres Verständnisses, dass es für die deutschen Arbeiter lebensnotwendig ist, sich gegen deutschen Nationalismus zu stellen.

Am 1. Januar 1990 führte die Ostberliner Regierung eine Reihe von Änderungen ein, die eine wirkliche Auswirkung auf die Wirtschaft hatten. Die Deutsche Mark wurde nun innerhalb der DDR als Währung akzeptiert, was bedeutete, dass Land, Eigentum und Waren mit westdeutscher Währung gekauft werden konnten. Diese Maßnahme zerstörte, was vom staatlichen Außenhandelsmonopol noch übriggeblieben war. Außerdem erhielten Westdeutsche das Recht, in der DDR zu leben. Etwa zur gleichen Zeit schändeten Faschisten das Ehrenmal für die Soldaten der Roten Armee im Treptower Park in Berlin. Die Nachricht, dass Faschisten das Ehrenmal mit einem Hakenkreuz und der Losung „Russen raus“ beschmiert hatten, elektrisierte die Gesellschaft, denn die DDR war durch die Zerstörung des Nazi-Regimes gegründet worden und es gab Befürchtungen, dass ein Abzug der Roten Armee wieder zu Krieg und einem Aufstieg des Faschismus führen könnte.

### Mobilisierung für Treptow

Wir begannen unverzüglich zu mobilisieren, teilten die Stadt in Gebiete auf, deckten die Narva-Leuchtmittel-Fabrik und alle großen Berliner Werke ab. Wir wollten eine Arbeiterbasis für diese Kundgebung mobilisieren, die prosojietisch und gegen die deutsche Bourgeoisie gerichtet war. Als wir durch die Werke gingen, versuchten die SED-Bürokraten uns im Allgemeinen daran zu hindern und warfen uns vor, wir würden die Produktion unterbrechen und Ähn-

liches mehr in der Art. Und wir sagten: „Aber wenn wir nicht jetzt die Produktion unterbrechen, dann wird es sehr bald keinen *Betrieb* mehr geben, also was willst du eigentlich?“ Oft manövierten wir um sie herum, klopfen an die Fabrikfenster, um die Flugblätter rein zu kriegen, und in einem Fall kamen wir durch den Wareneingang rein und sprachen mit den Arbeitern an den Fließbändern, die natürlich ziemlich froh waren, uns zu sehen. Im Großen und Ganzen arbeiteten sie weiter, aber ein Arbeiter nahm das Bündel Flugblätter, packte es auf das Fließband, und so kutscherte es durch den ganzen Betrieb und jeder konnte sich eins nehmen. Arbeiter verstanden, was auf dem Spiel stand, und sie kamen in Massen zu der Demonstration.

Auf der Kundgebung hatten wir zwei Sprecher, die einer Viertelmillion Menschen in einem Arbeiterstaat unsere trotzkistische Perspektive erklärten – das erste Mal, dass Trotzkiisten dies taten, seit Trotzki Linke Opposition aus der Sowjetunion verbannt wurde. Das Treptower Ehrenmal liegt mitten in einem riesigen Park und die Demonstration fand am Abend statt, als es dunkel war. Ich hörte, dass einige Leute hinter den Bäumen provokativ Nazi-Parolen brüllten, und ich schrie in die Menge, dass wir etwa 50 Leute brauchen, die sich darum kümmern. Eine Gruppe Fallschirmjäger kam zu mir rüber und sagte: „Wir stehen zu deiner Verfügung!“ Der Offizier, der sie anführte, wollte in Treptow sprechen, weil er der Führer eines Soldatenrates war. Er sagte: „Komm mit mir“, und wir gingen zur Rückseite des Platzes und bauten eine Verteidigungslinie auf, die sicherstellte, dass es keine Störungen geben würde. Das sagt euch einiges über den Charakter des Staates, weil diese Formationen bewaffneter Menschen ausgebildet worden waren, um kollektivierte Eigentumsformen zu verteidigen, und der Offizier war auf der Demo, weil er genau das tun wollte. Er verstand auch, was eine Rückkehr der Nazis bedeuten würde.

Die Treptower Mobilisierung war der Wendepunkt in der politischen Revolution. Danach gab Gorbatschow grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung und der SED-Führer Modrow gab die Losung aus, dass die SED für „Deutschland einig Vaterland“ sei. Die aktiven, fortgeschrittenen Schichten der Arbeiterklasse, die an unseren Kampagnen teilgenommen hatten, fielen zurück in Passivität. Dazu kam, dass das Bewusstsein der Arbeiter unterminiert wurde, weil ihre Fabriken dichtgemacht wurden aufgrund fehlender Rohstoffe, und vor der Vereinigung wurden sie oft nach Hause geschickt, manchmal bei vollem Lohn. Die PDS nahm die Losung „Wir sind ein Volk – 1:1“ an, was hieß, dass eine DDR-Mark wie eine Deutsche Mark behandelt werden sollte. Zu diesem Preis wollten sie den Arbeiterstaat verkaufen. Nach dem Propagandablitzkrieg der bürgerlichen Medien gegen eine Arbeiterklasse, die demoralisiert und von den Stalinisten ausverkauft worden war, gewann die westdeutsche Kapitalistenklasse die Volkskammerwahlen. Das war der entscheidende Schritt zur kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands.

Es ist sehr wichtig, zu verstehen, dass die IKL die Chance hatte, in einer revolutionären Situation zu intervenieren, und dass wir sie wahrgenommen haben. Die Erfahrung, die unsere Organisation in diesem Kampf gesammelt hat, wird uns in der Zukunft von großem Nutzen sein, denn solche Situationen entwickeln sich sehr schnell und halten häufig nicht lange an. Rosa Luxemburg sagte, dass revolutionäre Situationen sich dadurch auszeichnen, dass das Programm selbst eine *materielle Kraft* wird. Das war genau unsere Erfahrung: Was immer wir brauchten – Papier, Autos, Räume, Kommunikation –, bekamen wir, indem wir Leute politisch überzeugten, dass sie uns unterstützen sollten. Und wir werden diese Perspektive einsetzen, um das nächste Mal zu gewinnen. ■

**SPARTACIST** 

NUMMER 26 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2008 € 1,50

**V. Internationale Konferenz der IKL**

**Die Aufrechterhaltung eines revolutionären Programms in der nachsojietischen Periode**

SEITE 8

Ausgabe aus dem Hauptdokument der V. IKL-Konferenz

Nieder mit Exekutivvermerk!.....22

China und die russische Frage.....25

---

**Rezension einer Biografie von Bryan Palmer:**

**James P. Cannon**

**und die Ursprünge der revolutionären Linken in Amerika, 1890-1928**

SEITE 20

James P. Cannon in Moskau, 1922

Rede: „Wir wollen, dass die Komintern eine hilft“.....51

Dokument: Die amerikanische Frage.....56

---

Spartakist-Gruppe Polens wiedergegründet.....2

Diana Kartsen, 1948-2007.....4

---

**Frauen und Revolution**

Aus den Archiven des Menschens: Rede von Leo Trotzki, 1924

**Der Kommunismus und die Frauen des Ostens**

SEITE 64

**Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL**

Deutsche Ausgabe Nr. 26, Frühjahr 2008 € 1,50 (im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei: Verlag Avantgarde Postfach 2 35 55 10127 Berlin

Konto 1 1988-601 Postbank Frankfurt/M. BLZ 500 100 60 BIC PBNKDEFF

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

# Amnestie für alle Demonstranten gegen den NATO-Gipfel!

## Freiheit für alle Verhafteten!

### Weg mit allen Anklagen!

*Die nachfolgende Protesterklärung wurde am 8. April an deutsche und französische Behörden geschickt.*

Das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) und das mit ihm brüderlich verbundene Comité de Défense sociale (CDDS) protestieren auf das Schärfste gegen die erste Welle von Verurteilungen von Teilnehmern an den Protesten gegen den NATO-Gipfel. In Eilverfahren, wie man sie sonst von Polizeistaatsdiktaturen kennt, wurden sechs aus Deutschland und Frankreich stammende junge Männer unter Verletzung ihrer elementarsten Rechte zu bis zu sechs Monaten, zum Teil auf Bewährung und zum Teil mit sofortigem Haftantritt, verurteilt und mit einem fünfjährigen Einreiseverbot nach Frankreich belegt. Weiterhin sitzen drei französische Jugendliche im Gefängnis, die während der Proteste vor einem Supermarkt verhaftet wurden, weil sie Schnaps gekauft hatten, und warten dort auf ihren Prozess am 5. Mai. Nachdem bei den G20-Protesten in London ein Passant aufgrund eines Polizeiangriffs starb, wurden bei den brutalen staatlichen Angriffen auf die Anti-NATO-Proteste Dutzende von Demonstranten verletzt, einige davon schwer. Über 300 Demonstranten wurden vorübergehend verhaftet. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy forderte, dass Demonstranten „mit der extremsten Strenge bestraft werden“. In den kommenden Wochen wird es zweifellos weitere Verhaftungen geben. Das KfsV und das CDDS fordern: Nieder mit den Schandurteilen gegen Anti-NATO-Demonstranten! Sofortige Einstellung aller Verfahren! Freiheit für alle inhaftierten NATO-Gegner!

Der kapitalistische Staat – sowohl in Frankreich als auch in Deutschland – führte schon im Vorfeld eine massive Kampagne, womit eine Massenbeteiligung an den Protes-

ten verhindert werden sollte: Ein martialisches Aufgebot an Polizei wurde aufgestellt; eine Hetzkampagne gegen Anarchisten geführt; die Teilnahme bekannter linker Aktivisten wurde durch die Verhängung einer polizeilichen Meldepflicht am Wohnort verhindert; der anwaltliche Notdienst in Offenburg wurde bespitzelt; in den Tagen vor den Protesten wurden an der Grenze fast 3000 Aus- und Einreiseverbote verhängt; Strasbourg wurde faktisch in eine militärische Besatzungszone verwandelt usw. usf. Der Polizeiterror und die nun folgenden Verurteilungen und Verfahren sind die Fortsetzung dieses staatlichen Feldzugs, der den Zweck verfolgt, jegliche Proteste gegen die Verbrechen der kapitalistischen Herrscher Deutschlands, Frankreichs, der USA usw. zu kriminalisieren und zu unterdrücken.

Heute trifft es mutige Linke, die gegen das blutige imperialistische NATO-Kriegsbündnis demonstrieren, ein Bündnis, mit dem die Imperialisten ihre Interessen weltweit blutig diktieren wollen. Morgen wird es diejenigen treffen, die sich den Interessen der Kapitalisten im Inneren widersetzen, wie beispielweise Gewerkschafter, die gegen Entlassung oder Lohnkürzungen streiken oder Angehörige von Minderheiten oder Immigranten, die sich gegen rassistische Diskriminierung zur Wehr setzen. Die Arbeiterbewegung muss gegen die brutalen staatlichen Angriffe auf Anti-NATO-Demonstranten und gegen die skandalösen Verurteilungen protestieren!

*Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD).*

## Nieder mit der NATO...

*Fortsetzung von Seite 1*

verbunden sind. Als Antwort auf die Repression gegen die Anti-NATO-Demonstranten ist es dringend notwendig, international Arbeitermassenproteste zu organisieren! Diese Repression richtet sich letztlich gegen die Arbeiterbewegung und gegen alle, die gegen die kapitalistischen Ausbeuter kämpfen.

Genossen der LTF, SpAD und der Spartacist League/Britain intervenierten bei den Protesten in Strasbourg, um unser revolutionäres, proletarisches und internationalistisches Programm an die Jugendlichen und Linken heranzutragen, die nach einer Perspektive suchen, um die blutigen NATO-Imperialisten zu Fall zu bringen. Neben tausenden Exemplaren der IKL-Erklärung, die wir in Englisch, Französisch und Deutsch verteilten, haben unsere Genossen auch einige hundert Stück Literatur und über 30 Abonnements zu IKL-Publikationen verkauft.

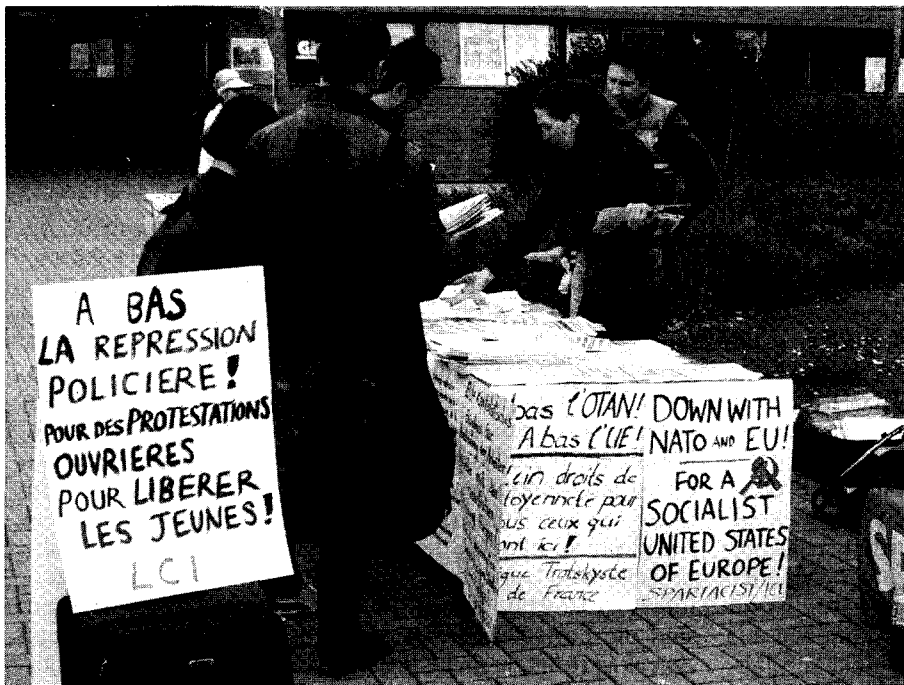
Viele der Sozialdemokraten und Liberalen unter den offiziellen Demo-Organisatoren haben nach dem Staatsterror gegen die Demonstranten am 4. April skandalöserweise bei der Denunzierung der Anarchisten des Schwarzen Blocks und der Anti-„Casseurs“-Hetze von Sarkozy und den franzö-

sischen Kapitalisten mitgemischt. Marie George Buffet, die Führerin und frühere Präsidentschaftskandidatin der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF), ereiferte sich wutentbrannt, „manche Leute, die als Anti-NATO-Aktivisten dargestellt werden, aber eigentlich nur Idioten sind, begingen sehr ernsthafte Dinge, die eine klare Verurteilung verdienen“ (*l'Humanité*, 6. April). Die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) beschwerte sich in einem Editorial ihrer Zeitung *Tout est à nous* (9. April) über die außergewöhnliche Polizeigewalt, um dann gegen den schwarzen Block zu hetzen:

„Aber als Mitglieder des schwarzen Blocks unter Buh-Rufen der Demonstranten eine Post angriffen, wo waren da die Tausenden von übermäßig bewaffneten Polizisten? Sie zogen es vor, die ganze Demonstration in einen Kessel zu quetschen, und zwangen uns ein Zusammen-

### Spendet für die rechtliche Verteidigung der Demonstranten gegen den NATO-Gipfel!

Kontoinhaber: EUTOPIC ASSOCIATION  
Bank: CREDITCOOP STRASBOURG  
IBAN: FR76 4255 9000 8121 0283 2150 556  
BIC: CCOPFRPPXXX  
Verwendungszweck: Legal Team



Spartakisten beim Kongress „Nein zur NATO“ am 5. April, ein Tag nach massivem Polizeiterror. IKL-Plakat: „Nieder mit der Polizeirepression! Für Arbeiterproteste für die Freilassung der Jugendlichen!“

sein mit dem schwarzen Block auf. Ein Vorwand war dann leicht gefunden, um alle Demonstranten mit außergewöhnlicher Gewalt zu attackieren.“

Auf dem volksfrontlerischen „Gegengipfel“ „Nein zur NATO – Nein zum Krieg“, dominiert von der PCF sowie ihrem Wahlbündnis Front de Gauche und bürgerlichen Pazifisten, gab es ähnliche Töne. Reiner Braun vom Internationalen Koordinierungsgremium (ICC), das die Demos organisierte, sagte über die Anarchisten des Schwarzen Blocks: „Diese Leute gestern haben der NATO geholfen“ (*junge Welt*, 6. April). Ein Genosse der IKL sprach in der Diskussionsrunde und verurteilte die Reformisten und Liberalen, die sich der Hexenjagd gegen den Schwarzen Block und andere *Opfer* der Staatsrepression anschlossen. Er zog die Verbindung zwischen feiger Distanzierung von den Anarchisten einerseits und prokapitalistischer Politik andererseits: „Pazifismus entwapfnet nur die Arbeiter und Unterdrückten, aber nicht die Kapitalistenklasse und ihren Staat. Das ist, was der NATO hilft, nicht irgendwelche Anarchisten des Schwarzen Blocks.“ Er fügte trotz Störungen vom Moderator und Teilen des Publikums hinzu: „Die PCF und die Front de Gauche wollen gegenüber der Kapitalistenklasse ihre Ehrenhaftigkeit beweisen, denn sie wollen genau diesen Staat verwalten, der gestern die Köpfe der Demonstranten einschlug.“

Im scharfen Gegensatz dazu kämpft die IKL entsprechend den Zielen und Prinzipien des revolutionären Marxismus dafür, das internationale Proletariat zur Verteidigung aller Opfer des kapitalistischen imperialistischen Staates zu mobilisieren und es zum Bewusstsein zu bringen, dass diese repressive Staatsmaschinerie gestürzt und durch einen Arbeiterstaat ersetzt werden muss, durch die Diktatur des Proletariats. Die nachfolgende Erklärung wurde am 27. März vom Internationalen Exekutivkomitee der IKL herausgegeben.

\* \* \* \* \*

Auf ihrem Gipfeltreffen im französischen Strasbourg werden der neue US-Präsident Barack Obama und die Führer Deutschlands, Frankreichs und anderer NATO-Mitgliedsstaaten den 60. Jahrestag dieses imperialistischen Bündnisses feiern. Die Kulisse, vor der der Gipfel stattfindet, ist

die fortgesetzte brutale neokoloniale Besetzung des Iraks und Afghanistans, das kürzliche Abschlagen von Palästinensern im Gaza-Streifen und eine zunehmende Weltwirtschaftskrise, die die Existenz Hundert Millionen Menschen bedroht. Fast 18 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ungeachtet der unaufhörlichen bürgerlichen Mantras über die Überlegenheit des Kapitalismus beweist dieses zutiefst irrationale System wieder einmal, dass Karl Marx recht hatte.

Der *einzige* Weg aus der Sackgasse, in die der Kapitalismus die Menschheit geführt hat, ist internationale proletarische Revolution, um die Produktivkräfte einer ausbeutenden Minderheit zu entreißen und die Gesellschaft auf rationaler Grundlage zu organisieren. Internationale Arbeiterherrschaft ist notwendig, um den Mist wegzuräumen, den der verfallende kapitalistische Imperialismus hinterlässt, und die Grundlage für eine klassenlose kommunistische Gesellschaft zu schaffen, in der wirtschaftlicher Mangel, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg nur Erinnerungen an eine dunkle Vergangenheit sind. Der Ausgangspunkt ist das marxistische Verständ-

nis, dass die Arbeiterklasse den kapitalistischen Staat nicht in ihrem eigenen Interesse benutzen kann; stattdessen muss dieser Staat zerschlagen und durch einen Arbeiterstaat ersetzt werden, die Diktatur des Proletariats.

Zehntausende Demonstranten gegen den NATO-Jubiläumsgipfel werden erwartet, und der bürgerliche Staat bereitet sich darauf vor, ihnen mit dem Knüppel polizeilicher Unterdrückung zu begegnen. Das Ziel der Organisatoren des Protests – die die Ziele des Kommunismus ebenso ablehnen wie die zu seiner Verwirklichung notwendige proletarische, revolutionäre und internationalistische Strategie – ist es jedoch, die Imperialisten zu etwas „Change“ („Veränderung“) zu drängen, um ihr Ausbeutersystem etwas besser an die Arbeiter und Unterdrückten zu verkaufen. Die Sozialdemokraten, liberalen „Antiglobalisierungs“-Typen und bürgerlichen Pazifisten gehen mit angestaubten Phrasen über eine „Friedenspolitik“ und „internationale Kooperation“ hausieren, um die Massen zu täuschen und die Interessen ihrer *eigenen* Bourgeoisien voranzubringen. Die Anarchisten, die für diese Demos mobilisieren, z.B. mit dem Aufruf „Smash, we can!“, haben nichts anderes anzubieten als die Illusion, Abrüstung innerhalb des Kapitalismus zu „erzwingen“.

Der Drang zum Krieg ist genauso tief im Kapitalismus verwurzelt wie der Drang zur Profitsteigerung. Imperialismus ist das höchste Stadium des Kapitalismus, gekennzeichnet durch die Beherrschung der Welt durch einen kleinen exklusiven Kreis kapitalistischer Großmächte, die die schwächeren, abhängigen Nationen dominieren. Im vergangenen Jahrhundert entlud sich die Konkurrenz zwischen den Imperialisten um Rohstoffe, Märkte und Einflussphären zwei Mal in verheerenden Weltkriegen. 1915, mitten im ersten interimperialistischen Krieg, griff der herausragende bolschewistische Führer W.I. Lenin jene an, die Illusionen in den Kapitalismus verbreiteten, indem sie den „Frieden an sich“ predigten:

„Nichts wäre besser dazu angetan, den Arbeitern den Blick zu trüben, die trügerische Vorstellung bei ihnen zu erwecken, dass der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus *nicht tiefgehend* sei; nichts wäre geeigneter, die kapitalistische Sklaverei zu *beschönigen*. Nein,



wir müssen die Friedensstimmung ausnutzen, um die Massen darüber aufzuklären, dass die guten Dinge, die sie vom Frieden erwarten, ohne eine Reihe von Revolutionen unmöglich sind.“ („Die Frage des Friedens“)

Geleitet von diesem revolutionären Programm führten Lenin und die Bolschewiki die Oktoberrevolution von 1917, die den Kapitalismus stürzte und Russland aus dem Ersten Weltkrieg herausriss.

Die Gründung des NATO-Kriegsbündnisses nach dem Zweiten Weltkrieg – und dem Sieg der sowjetischen Roten Armee über Hitlers Drittes Reich – war Teil der Bestrebungen der Imperialisten, den „Kommunismus zurückzudrängen“. Vom Koreakrieg in den 1950er-Jahren bis zum Militärputsch im NATO-Vorposten Türkei 1980 ist der US-geführte antisowjetische Kreuzzug mit dem Blut von Millionen Arbeitern, Linken und unterdrückten Nationalitäten getränkt. Die heutige imperialistische Weltordnung ist durch die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 geprägt. Dies war eine historische Niederlage für die Arbeitermassen weltweit, besonders für die Bevölkerungen der ehemaligen Sowjetunion, Osteuropas und der ehemaligen DDR, die massenhaft in Armut gestürzt wurden. Die Restauration des Kapitalismus wurde von kommunalistischen Gemetzeln und Bruderkriegen begleitet und schürte diese noch weiter, wie wir erst kürzlich im Krieg zwischen Russland und dem US-Handlanger Georgien sahen. Der Zusammenbruch der UdSSR steigerte das Verlangen der Imperialisten, auf der ganzen Welt ungestraft zu marodieren. Die katastrophalen Ergebnisse der Konterrevolution unterstreichen die entscheidende Bedeutung, heute China, den mächtigsten der verbliebenen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten, sowie die anderen Länder, in denen die kapitalistische Herrschaft gestürzt wurde – Kuba, Nordkorea und Vietnam – bedingungslos militärisch zu verteidigen. Wir rufen zu proletarisch-politischer Revolution auf, um die parasitären stalinistischen Bürokratien dieser Länder durch Regimes zu ersetzen, die auf Arbeiterdemokratie und bolschewistischem Internationalismus basieren.

### Barack Obama: Oberbefehlshaber des rassistischen US-Imperialismus

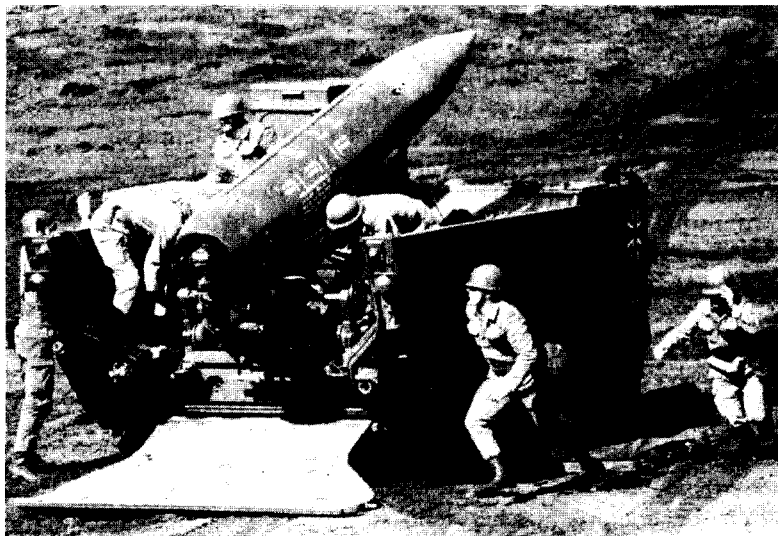
Heute ist es notwendig, dem elementaren Verständnis wieder Geltung zu verschaffen, dass der Präsident des amerikanischen kapitalistischen Staats der *Klassenfeind* der Arbeiter und Unterdrückten der Welt ist, besonders des Proletariats, der Immigranten und der besonders unterdrückten schwarzen Bevölkerung der USA. Während die Entscheidung, Guantánamo (innerhalb eines Jahres) zu schließen und die Entlassung einiger Insassen zu überprüfen, großartig aufgebauscht wurde, verteidigte Obama die zeitlich unbegrenzte Inhaftierung, die an Polizeistaatsdiktaturen erinnert, und im Allgemeinen hat er sich der Fortführung von Bushs „Krieg gegen den Terror“ verschrieben. In diesem Punkt ist er in vollem Einklang mit den europäischen Herrschern, die sich lediglich etwas „humanitäre“ Augenwischerei für diesen Kreuzzug wünschten, der von jeder imperialistischen Regierung benutzt wurde, um staatliche Repression gegen unterdrückte Minderheiten und die Arbeiterklasse zu stärken und imperialistische Plündereien ideologisch zu rechtfertigen. Die USA, die UNO und die EU haben Sanktionen gegen den Iran verhängt und bedrohen ihn weiterhin wegen seines Atomprogramms. Es könnte kaum klarer sein, dass der Iran zur Abschreckung eines imperialistischen Angriffs Atomwaffen *braucht*.

Während der US-Imperialismus eine „Ausstiegsstrategie“ aus dem Schlamassel im verwüsteten Irak sucht, richtete sich unter Obama das Hauptaugenmerk auf Afghanistan, wo eine NATO-Besatzungsmacht

von 68000 Soldaten, einschließlich eines Nicht-US-Kontingents von 32000, im achten Jahr fortfährt, dieses Land zu verwüsten. Obama versprach im Wahlkampf und bei seinem Amtsantritt, US-Truppen im Irak zu reduzieren, um sich dem zu widmen, was ein beträchtlicher Teil der US-Bourgeoisie als strategisch wichtigeres Ziel ansieht. Jetzt führt er genau das aus, indem er 17000 zusätzliche Truppen nach Afghanistan schickt und mörderische Bombenangriffe auf Dörfer im benachbarten Pakistan eskaliert. Jahrelang stützten die USA ein diktatorisches Regime in Islamabad nach dem anderen und förderten so gleichzeitig das Anwachsen der vom pakistanischen Militär begünstigten islamisch-fundamentalistischen Kräfte. Unter dem Einfluss von Obamas Ausweitung des Afghanistankriegs und angesichts des US-Drucks auf das pakistanische Militär, die Taliban und deren Verbündete aus den Stammesgebieten an der afghanischen Grenze herauszusäubern, ist es jetzt gut möglich, dass dieses instabile, nuklear bewaffnete Land auseinander gerissen wird.

Die militärische Eskalation findet zu einem Zeitpunkt statt, wo die wirtschaftliche Basis des US-Imperialismus einer Kernschmelze unterliegt, die internationale Größenordnungen angenommen hat. Der Widerspruch zwischen der überwältigenden militärischen Macht des US-Imperialismus und seiner geschwächten wirtschaftlichen Position ist die Ursache für die erhöhte Irrationalität und Aggressivität der US-Herrscher. In dieser Situation sehen sie in der Präsidentschaft Obamas die beste Chance, ihre Vorherrschaft zu behaupten. Die reformistischen Linken in den USA trugen ihren Teil bei, indem sie sich die Perspektive „Jeder, nur nicht Bush“ zu eigen machten. Sie waren über Obamas Sieg völlig aus dem Häuschen, wie man gut am Beispiel der Workers World Party sehen kann, die in ihrer Zeitung vom 20. November 2008 schwärmte: „Als Kommunisten und Revolutionäre teilen wir die Freude mit den Unterdrückten und anderen Fortschrittlichen, die sich im Jubel über Obamas Wahlsieg von Harlem über Kolumbien und Japan bis nach Kenia zusammenfinden.“

Im scharfen Gegensatz zu solch grotesker Begeisterung für den neuen Oberbefehlshaber des blutgetränkten US-Imperialismus hat die Spartacist League/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), aus Prinzip jegliche Unterstützung für Obama und alle anderen bürgerlichen Politiker abgelehnt. Sie kämpft dafür, Arbeiter, Jugendliche und Unterdrückte von Illusionen in die kapitalistische Demokratische Partei zu brechen und die revolutionäre multirassische Arbeiterpartei zu schmieden, die nötig ist, um den US-Imperialismus wegzufegen. Unsere US-



Spiegel

Lance-Rakete in Westdeutschland, Teil des anti-sowjetischen Arsenal der NATO im Kalten Krieg



Friends of Afghanistan Society

**Afghanische freiwillige Frauenmiliz wurde mobilisiert, um gegen CIA-gestützte Mudschaheddin zu kämpfen. IKL begrüßte sowjetische Intervention, rief zur Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution auf afghanische Völker auf**

Sektion sagte die *Wahrheit* darüber, was die Obama-Präsidentschaft bedeuten würde, und schrieb direkt nach den Wahlen:

„Vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse und der Unterdrückten aus gesehen, gibt es an Obamas Wahlsieg *nichts zu feiern* und viel zu befürchten. Die Begeisterung bei großen Teilen der Bourgeoisie ist hingegen gerechtfertigt. Nach fast acht Jahren eines der inkompetentesten und meistverachteten Regime der jüngeren US-Geschichte haben sie jetzt in Obama ein rationaleres Gesicht für ihr brutales, irrationales System. Obama hat auch Illusionen in das Drum und Dran der bürgerlichen Demokratie geweckt, das Mittel, mit dem die Kapitalisten ihre Herrschaft durch den Schein eines Auftrags der Bevölkerung verschleiern. Nach außen hin verschafft Obama dem US-Imperialismus, dem Hauptfeind der arbeitenden Menschen der Welt, eine äußerst wertvolle Schönheitsoperation.“ (*Workers Vanguard* Nr. 925, 21. November 2008)

### Europäische Reformisten unterstützen ihre eigenen imperialistischen Herrscher

Die europäischen Reformisten ihrerseits bejubeln Obamas Sieg ebenfalls im Namen der bürgerlichen Politik des „kleineren Übels“. Sie betrachten Obamas Regierung mit den Augen ihrer eigenen kapitalistischen Ausbeuter als vernünftiger und mehr „multilateral“ orientiert als sein Vorgänger. So übermittelten Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Lothar Bisky, die Führer der deutschen sozialdemokratischen Partei DIE LINKE Obama ihre „herzlichsten Glückwünsche“: „Der weltweite Kampf für die Beseitigung von Armut, für eine friedliche Beilegung von Konflikten, gegen die Klimakatastrophe und aktuell gegen die schwerste internationale Finanzkrise seit 80 Jahren erfordert eine engere Kooperation und Zusammenarbeit der gesamten Staatengemeinschaft auf der Grundlage des geltenden Völkerrechts“ (5. November 2008).

Von „linksaußen“ ergriff Alain Krivine das Wort, Führer der Ligue communiste révolutionnaire (LCR), der französischen Sektion des pseudotrotzkistischen „Vereinigten Sekretariats“, die sich seitdem in ihre eigene Schöpfung, die offen sozialdemokratische Neue Antikapitalistische Partei (NPA) auflöste. Obwohl er eingestand, dass Obama „ein Verteidiger des Kapitalismus“ ist, begeisterte sich Krivine in der LCR-Zeitung *Rouge* vom 22. Januar: „Seine Popularität

und die Hoffnungen, die sie erweckt, sind vom selben Ausmaß wie der Verruf, ja sogar Abscheu, den Bushs Politik hinterließ. Weigern wir uns also nicht launisch, unsere Genugtuung darüber zu zeigen, endlich eine der reaktionärsten Präsidentenschaften der Vereinigten Staaten vollständig verdammt zu sehen. Besser spät als nie.“

Wie diese Ehrbekundungen an den neuen Oberbullen des US-Imperialismus unterstreichen, hat die Opposition der Reformisten gegen bestimmte US/NATO-Unternehmungen wie die Irak-Invasion 2003 oder die heutige Entsendung von mehr Truppen nach Afghanistan nichts mit Opposition gegen das imperialistische System zu tun. Vielmehr sehen sie, dass sich diese Politik gegen die „nationalen Interessen“ ihrer eigenen kapitalistischen Länder richtet, die, so meinen sie, durch mehr Unabhängigkeit von der US-dominierten NATO besser bedient wären, z. B. durch eine kapitalistische französisch-deutsch-russische Achse, für die Lafontaine eintritt. In ihrer Mobilisierung für die Strasbourger Demonstrationen fordert die französische NPA zentral, dass „Frankreich auf seine Integration in die militärische Führung der NATO verzichten

sollte“, während reformistische Gruppen in Deutschland, besonders die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), *junge Welt* und die stalinistischen Überbleibsel um die Kommunistische Plattform der Linkspartei dafür fordern, dass der deutsche Imperialismus „raus aus der NATO“ soll.

Ende 2002 schlossen sich die LCR, die italienische Rifondazione comunista und die Socialist Workers Party und Workers Power aus Britannien in einem Appell „An alle Bürger Europas und alle ihre politischen Repräsentanten“ zusammen:

„All jene, die für Solidarität mit dem Volk des Irak eintreten, finden im Weißen Haus kein Gehör. Aber wir haben die Chance, die Regierungen Europas zu beeinflussen, von denen sich etliche bereits gegen diesen Krieg erklären. Wir fordern alle Staats- und Regierungschefs Europas auf: Sprechen Sie sich öffentlich gegen diesen Krieg aus, unabhängig davon, ob die UNO ihn am Ende billigt oder nicht!“

Welch Weißwaschung der deutschen Bourgeoisie von Auschwitz, der französischen Imperialisten, die Algerien in Blut ertränkten, der britischen Besatzer Nordirlands und der italienischen Schlächter Äthiopiens. Der einzige Grund, weshalb sich die europäischen Imperialisten gegenwärtig mit eigenen imperialistischen Abenteuern etwas mehr zurückhalten, ist, dass ihre militärische Macht weit geringer ist als die der USA.

Dieser kriecherische Appell amnestierte die europäischen Regierungen, die bis zum Hals im „Krieg gegen den Terror“ und den Besetzungen Afghanistans und des Balkans steckten. Objektiv half er den massiven rassistischen und arbeiterfeindlichen Angriffen, die von denselben kapitalistischen Regierungen in ihren Ländern begangen wurden. Jetzt, mit Obama als Präsident, scheinen die europäischen Reformisten zu glauben, dass ihre Herrscher „im Weißen Haus Gehör finden“ werden – solange ausreichender „Druck von den Massen“ ausgeübt wird.

Im Vorfeld des Luftkriegs gegen Serbien 1999 und der Invasionen in Afghanistan 2001 und Irak 2003 traten wir von der IKL für die militärische Verteidigung dieser Länder gegen imperialistische Angriffe ein, ohne den reaktionären, Frauen hassenden Taliban-Mördern oder den blutigen kapitalistischen Diktaturen Saddam Husseins und Slobodan Miloševićs die geringste politische Unterstützung zu geben. Wir waren gegen die UN-Hungerblockade des Irak und andere imperialistische UN-Sanktionen. Wir unterstrichen,

dass jeder Sieg der Imperialisten in ihren militärischen Abenteuern nur noch mehr Raubkriege ermutigen wird; jeder Rückschlag wird den Kämpfen der arbeitenden Menschen und der Unterdrückten in der ganzen Welt von Nutzen sein. Wir fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller US-, NATO-, EU- und UN-Truppen aus dem Irak, Afghanistan, Pakistan, dem Nahen Osten, Zentralasien und dem Balkan. Das Hauptmittel, um die Opfer neokolonialer Unterdrückung gegen die überwältigende militärische Macht des US-Imperialismus und seiner NATO-Verbündeten zu verteidigen, ist internationaler Klassenkampf, besonders des multirassischen US-Proletariats und seinen Klassenbrüdern und -schwestern in Europa, Japan und anderswo.

Der Sozialchauvinismus der Reformisten und ihr Kniefall vor den imperialistischen Herrschern in der Außenpolitik wird „zu Hause“ durch ihre Unterstützung für Klassenkollaboration und Protektionismus ergänzt. Die globale Wirtschaftskrise zerfetzt die Illusion, dass es eine anhaltende imperialistische Einheit geben kann, ob nun innerhalb Europas oder zwischen Europa und den USA. Inzwischen haben die westeuropäischen Imperialisten ihren Satelliten-Bourgeoisien in Osteuropa gesagt, sie mögen zur Hölle fahren. Und wie immer stehen die Arbeiterleutnants des Kapitalismus an der Seite ihrer „eigenen“ Ausbeuter. In Deutschland machen SPD, DIE LINKE und die Gewerkschaftsbürokratie eine Kampagne, damit der Autohersteller Opel, der gegenwärtig General Motors gehört, „wieder deutsch wird“. In Britannien unterstützten die Gewerkschaften UNITE und GMB im Februar Streiks von Bauarbeitern, die „britische Jobs für britische Arbeiter“ forderten – eine Losung, die lange schon mit den Faschisten (die an Streikundgebungen teilnahmen) in Verbindung gebracht wird und die neulich vom Labour-Premierminister Gordon Brown bestätigt wurde. Die britische Sektion des pseudotrotzkistischen Komitees für eine Arbeiterinternationale (in Deutschland SAV), geführt von Peter Taaffe, rechtfertigte skandalöserweise diese reaktionären Streiks und *half* sogar, diese zu *führen*.

Die Arbeiterbewegung hat ein lebendiges Interesse an der Verteidigung ausländischer Arbeiter, für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu kämpfen und gegen rassistischen Terror und Angriffe auf demokratische Rechte zu mobilisieren. Die Logik des Reformismus ist von Natur aus nationalistisch; sie spaltet die Arbeiterklasse entlang nationaler, ethnischer und rassistischer Linien im Gerangel um die paar Krumen, die die Kapitalisten bereit sind, ihren Lohnsklaven hinzuwerfen. Um diese Niederlagenstrategie zu durchbrechen, ist ein Programm des internationalen Klassenkampfes gegen den gemeinsamen kapitalistischen Feind notwendig. Leo Trotzki, der gemeinsam mit W.I. Lenin die Oktoberrevolution führte, schrieb 1934:

„Sich im Kriege nicht an den Nationalstaat zu binden, nicht der Logik des Krieges zu folgen, sondern sich von den Prinzipien des Klassenkampfes leiten zu lassen – das vermag nur eine Partei, die dem Nationalstaat schon in Friedenszeiten kompromisslos den Krieg erklärt hat. Nur wenn sie die objektiv reaktionäre Rolle des imperialistischen Staates wirklich begreift, kann sich die proletarische Avantgarde gegen alle Arten von Sozialpatriotismus immunisieren. Das heißt: Ein wirklicher Bruch mit der Ideologie und der Politik der ‚nationalen Verteidigung‘ ist nur unter dem Gesichtspunkt der *internationalen proletarischen Revolution* möglich.“ („Der Krieg und die IV. Internationale“)

Wir kämpfen in diesem Geiste darum, der Arbeiterklasse die Notwendigkeit bewusst zu machen, die rassistische Festung Europa und die kapitalistische Europäische Union (EU) durch Arbeiterrevolution niederzureißen. Die EU ist ein reaktionäres, arbeiterfeindliches Bündnis, basierend auf den wichtigsten imperialistischen Mächten Europas, die ih-

re Wettbewerbsposition gegenüber ihren amerikanischen und japanischen Rivalen verbessern wollen. Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und eine internationale sozialistische Planwirtschaft!

### Für neue Oktoberrevolutionen, weltweit!

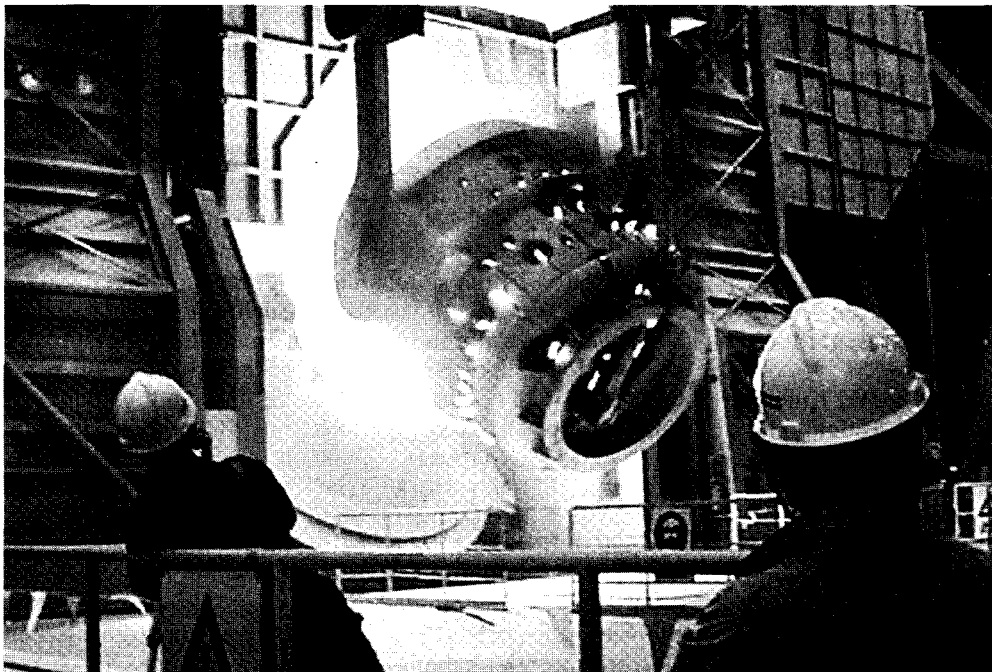
In den 80er-Jahren stand Afghanistan auch im Zentrum des Kriegskurses der NATO-Imperialisten. Ende 1979 intervenierte die sowjetische Rote Armee in Afghanistan nach wiederholten Bitten seitens des modernisierenden nationalistischen DVPA-Regimes, das versuchte, minimale soziale Reformen einzuführen und das mit einem US-unterstützten Dschihad (Heiliger Krieg) konfrontiert war, der von reaktionären Landbesitzern, Stammesführern und Mullahs geführt wurde. Die US-Imperialisten griffen die sowjetische Intervention als Vorwand für einen neuen antisowjetischen Kreuzzug auf und versorgten die reaktionären Mudschaheddin massiv mit Geld und bildeten sie – hauptsächlich mittels des pakistanischen Militärs und seines Geheimdienstes (Inter-Services Intelligence) – aus, um sowjetische Soldaten zu töten. Die Taliban und Al Qaida sind Frankensteinische Monster, die sich gegen ihre früheren imperialistischen Herren gewendet haben.

Die sowjetische Intervention war eindeutig fortschrittlich und unterstreicht das trotzkistische Verständnis, dass die Sowjetunion trotz ihrer Degenerierung unter einer stalinistischen bürokratischen Kaste ein Arbeiterstaat blieb, der historische Errungenschaften der Oktoberrevolution verkörperte – im Wesentlichen die Planwirtschaft und kollektivierte Eigentum. Nicht zuletzt für Frauen und die historisch eher muslimischen Völker des sowjetischen Zentralasiens waren das enorme Errungenschaften. Während der sowjetischen Intervention kämpften afghanische Frauenmilizen mit der Waffe in der Hand gegen die CIA-gestützten Mörderbanden der Mudschaheddin für das grundlegende Recht, nicht die Burka tragen zu müssen oder wie Vieh verkauft zu werden. Die internationale Spartacist Tendenz, heute die IKL, sagte „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und forderte die Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker.

Auf der anderen Seite erhielten die Mudschaheddin und die Imperialisten Verstärkung vom größten Teil der reformistischen Linken weltweit, die mit ihren Herren für den Abzug der sowjetischen Kräfte heulten. Wir Trotzkiisten von der IKL waren einzigartig in unserem Kampf gegen Konterrevolution von Ostberlin bis Moskau und versuchten auf dieser Grundlage, die Arbeitermassen dafür zu mobilisieren, die stalinistische Ausverkäufer-Bürokratie hinwegzufegen und die Herrschaft von Arbeiterräten zu errichten. Geleitet wurden wir dabei von demselben revolutionären internationalistischen Programm, mit dem wir heute für den Aufbau revolutionärer Arbeiterparteien kämpfen, als Sektionen einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution. Der Weg der internationalen proletarischen Revolution bietet die einzige Alternative zur Zerstörung der Menschheit durch den Imperialismus. *Nieder mit dem Imperialismus! Für neue Oktoberrevolutionen, weltweit!* ■

**Besucht die Website der  
Internationalen  
Kommunistischen Liga!**

[www.spartacist.org](http://www.spartacist.org)



Siemens Metals &amp; Mining

Arbeiter in der Baosteel-Fabrik in Shanghai, Teil von Chinas kollektivierter Industrie

## Charta 08...

Fortsetzung von Seite 28

Zwangsehe und Konkubinat in der alten konfuzianischen Ordnung wurzelte. Eine von ausländischen Mächten ausgeplünderte und aufgeteilte Nation wurde geeint und von imperialistischer Unterjochung befreit.

Die Revolution war jedoch unter der Herrschaft von Mao Zedongs KPCh-Regime, einer über dem Arbeiterstaat thronenden nationalistischen Bürokratenkaste, von Anfang an deformiert. Anders als die russische Oktoberrevolution von 1917, die von einem klassenbewussten Proletariat unter der Anleitung von Lenins und Trotskis bolschewistischem Internationalismus geführt worden war, resultierte die Chinesische Revolution aus dem bäuerlichen Guerillakrieg, den Maos stalinistisch-nationalistische Truppen führten. Nach dem Vorbild der stalinistischen Bürokratie, die in der UdSSR die Macht an sich gerissen hatte, predigten Mao und seine

Nachfolger, einschließlich des derzeitigen Regimes unter Hu Jintao, die zutiefst antimarxistische Vorstellung, dass der Sozialismus – eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft auf der Grundlage materiellen Überflusses – in einem einzelnen Land aufgebaut werden könne. In der Praxis bedeutet „Sozialismus in einem Land“ Anpassung an den Weltimperialismus und Ablehnung der Perspektive einer internationalen Arbeiterrevolution, die für das Fortschreiten zum Sozialismus unabdingbar ist.

Als Trotskisten treten wir für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und Konterrevolution ein. Als Antwort auf das Verlangen der chinesischen Arbeiter und ländlichen Werktätigen nach demokratischen Rechten und einer Regierung, die ihre Bedürfnisse und Interessen vertritt, treten wir für eine proletarisch-politische Revolution zum Sturz der nationa-

listischen stalinistischen Bürokratie und zur Errichtung einer Regierung gewählter Arbeiter- und Bauernräte ein, die dem revolutionären proletarischen Internationalismus verpflichtet ist. Diese Perspektive, die die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution voraussetzt, ist den konterrevolutionären Machenschaften von Gruppen wie Charta 08 völlig entgegengesetzt.

### „Menschenrechte“ und „Demokratie“ im Dienste der Konterrevolution

Die Charta 08 hat ihren Namen von der Charta 77, einem Dokument, das 1977 von Dissidenten in der Tschechoslowakei herausgegeben wurde. Diese und ähnliche Gruppen wurden von der „Menschenrechts“-Kampagne ermuntert und gefördert, die der damalige demokratische US-Präsident Jimmy Carter zur politischen Unterwanderung der Sowjetunion und ihrer osteuropäischen Blockpartner in Gang gesetzt hatte. Es ist, wie man so schön sagt, kein Zufall, dass Vaclav Havel, eine führende Persönlichkeit der Charta 77, später in der vom Imperialismus unterstützten Konterrevolution in der Tschechoslowakei 1989/90 eine zentrale Rolle spielte.

Viel offener als Havel & Co. 1977 führt die Gruppe um Charta 08 die Schlagworte „Menschenrechte“ und „Demokratie“ im Mund, um gegen den revolutionären Sturz kapitalistischer Herrschaft Front zu machen. In der Charta wird erklärt: „Wohin wird China im 21. Jahrhundert gehen? Wird es weiter die ‚Modernisierung‘ unter autoritärer Herrschaft verfolgen? Oder wird es sich mit den universellen Werten identifizieren, mit dem mainstream verschmelzen und ein demokratisches Regierungssystem aufbauen?“ Konkret wird gefordert: „Aufhebung des Parteienverbots, Verfassung und Gesetze normieren das Handeln politischer Parteien, Abschaffung der Sonderrechte, die einer einzigen Partei das politische Monopol gewähren, Schaffung freier Betätigung politischer Parteien und fairen [Parteien-]Wettbewerbs, Verrechtlichung und Normalisierung der Parteienpolitik.“

So etwas wie eine klassenlose „Demokratie“ gibt es nicht. Die parlamentarische Regierung westlicher Art, die durch allgemeines Stimmrecht gewählt wird, ist eine verhüllte politische Form der *Diktatur der Kapitalistenklasse*. In einem solchen System ist die Arbeiterklasse politisch auf verein-

**Abonniere jetzt!**

Workers Vanguard  
zweiwöchentliche  
Zeitung der  
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.  
Spartacist (englische  
Ausgabe) und  
Black History

**Luftpost € 18,-**

Bestell bei:  
Verlag Avantgarde  
Postfach 23555  
10127 Berlin

Konto 11988-601  
Postbank Frankfurt/M.  
BLZ 500 10060  
BIC PBNKDEFF  
IBAN DE11 5001 0060  
0011 9886 01

zette Individuen reduziert. Durch ihre Kontrolle über die Medien, das Erziehungssystem und andere Einrichtungen der öffentlichen Meinungsbildung kann die Bourgeoisie das Wahlvolk wirksam manipulieren. In allen kapitalistischen „Demokratien“ werden die Regierungsvertreter von den Banken und großen Unternehmen gekauft und bezahlt. Lenin erklärte in seiner Streitschrift *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* von 1918: „Auf Schritt und Tritt stoßen die geknechteten Massen auch im demokratischsten bürgerlichen Staat auf den schreienden Widerspruch zwischen der von der ‚Demokratie‘ der Kapitalisten verkündeten *formalen* Gleichheit und den Tausenden *tatsächlicher* Begrenzungen und Manipulationen, durch die die Proletarier zu *Lohnsklaven* gemacht werden.“

Zwar mag die Forderung nach reiner „Demokratie“ eine gewisse Rolle bei der Mobilisierung der Kräfte der Konterrevolution in China spielen, deren Sieg aber würde zu keinem stabilen bürgerlich-parlamentarischen Regime führen. Stattdessen würde China vom amerikanischen, westeuropäischen und japanischen Imperialismus als ein riesiger Ausbeutungsbetrieb geknechtet und vielleicht zerstückelt werden.

Die Volksrepublik China ist ein bürokratisch deformierter Ausdruck der *Diktatur des Proletariats*. Die Klassenherrschaft der Kapitalisten ist zerschlagen und die Wirtschaft kollektiviert worden, aber das Proletariat ist von der direkten politischen Macht ausgeschlossen. Notwendig ist ein Kampf für proletarische Demokratie. Die Arbeiter und ländlichen Werktätigen brauchen ihre eigenen klassenbezogenen Regierungsinstitutionen, die Sowjets (die russische Bezeichnung für Räte), die allen Parteien offen stehen, die den Arbeiterstaat verteidigen.

### Charta 08 wirbt für Kapitalismus des „freien Marktes“

Der Aufruf der Charta 08 zu kapitalistischer Restauration ist unmissverständlich:

„Etablierung des Rechts auf Privateigentum und Schutz dieses Rechts, Einrichtung eines Systems der freien und offenen Marktwirtschaft ... Einrichtung eines der obersten Volksvertretung verantwortlichen Ausschusses für das Staatseigentum und die Staatsressourcen ... rechtskonforme und geordnete Reform des Eigentumsrechts, Klärung der Eigentumsverhältnisse und -verantwortlichkeiten; Initiierung einer neuen Boden-Bewegung ... Privatisierung des Grund und Bodens, Garantie von Bodeneigentumsrechten der Bürger, insbesondere der Bauern.“

Es liegt mehr als nur ein bisschen Ironie darin, dass diese Forderung nach Kapitalismus des „freien Marktes“ gerade in dem Moment erhoben wird, wo die zerstörerische Irrationalität des kapitalistischen Systems – die Anarchie des Marktes – offensichtlicher ist als irgendwann in den letzten paar Jahrzehnten. Der Weltkapitalismus macht gerade eine sich immer mehr vertiefende Finanz- und Wirtschaftskrise durch, zentral in Nordamerika, Westeuropa und Japan. Verzweifelt in ihrem Bemühen, den Aderlass zu stoppen, verstaatlichen die Regierungen dieser Länder Banken, sub-



Fukada/New York Times

**Aufgebrachte Eltern, deren Kinder letztes Jahr dem Erdbeben in Sichuan zum Opfer fielen, protestieren im Mai 2008 gegen schlampig gebaute Schulen. Ein Führer der KPCh in Mianzhu fleht sie an, ihre Proteste zu beenden**

ventionieren Schlüsselindustrien und greifen anderweitig staatlich in die Wirtschaft ein. Gleichzeitig drängen insbesondere im Umfeld der Regierung des Demokraten Obama viele US-Politiker auf eine zunehmend protektionistische Haltung gegenüber China.

Man könnte denken, die Autoren der Charta 08 hätten ihr neoliberales Wirtschaftsprogramm für die Privatisierung von Industrie und Handel aus Leitartikeln des *Wall Street Journal* oder des Londoner *Economist* von vor zwei oder drei Jahren entnommen. Tatsächlich wurzeln ihre Ideen wohl nicht so weit entfernt von der Heimat. Trotz der Feindschaft von Charta 08 gegenüber dem KPCh-Regime haben sie in gewisser Hinsicht die Doktrin der KPCh-Führer vom „Marktsozialismus“ zu ihrem logischen Ende geführt. Jahrzehntlang priesen die Beijinger Stalinisten Marktmechanismen und Konkurrenz als überlegen gegenüber zentraler Planung und Leitung. In dem Versuch, das Problem der stagnierenden Produktivität zu lösen, das der unter Mao vorherrschenden Kommandowirtschaft anhaftete, haben sie die Peitsche des Marktes geschwungen. Sie behaupteten, China könne zu einer Großmacht werden, indem es sich mittels ausländischer Investitionen und des Exports billiger Fertigprodukte in die USA und nach Westeuropa in den kapitalistischen Weltmarkt integriert. Doch nun ist diese Wirtschaftsstrategie – auf spektakuläre Weise – an der globalen kapitalistischen Wirtschaftskrise gescheitert.

Die beherrschende Stellung der staatseigenen Unternehmen und Banken hat China davor bewahrt, in eine solche tiefe wirtschaftliche Krise hineingezogen zu werden, wie sie die meisten kapitalistischen Länder auf verheerende Weise heimsucht. Dennoch sind wichtige Bereiche seiner Wirtschaft schwer getroffen worden. In der Provinz Guangdong, dem Zentrum von Chinas Exportindustrie, ging in den ersten beiden Monaten dieses Jahres der Warenverkehr um *mehr als 50 Prozent* zurück. 20 Millionen Wanderarbeiter sind bereits entlassen worden, vor allem aus Fabriken im Besitz ausländischer und auslandschinesischer Kapitalisten, die Konsumgüter für den Export produzieren.

Dies hat zu einem beschleunigten Anstieg defensiver Arbeiterkämpfe geführt, bei denen es zu Scharmützeln zwischen der Polizei und wütenden Arbeitern gekommen ist,



die ausstehenden Lohn oder Abfindungen einforderten. Das KPCh-Regime antwortete darauf mit einer Mischung aus Repression, Geldzuteilungen für einige der kürzlich Entlassenen und der Rücknahme einiger seiner Privatisierungsmaßnahmen. „Das war's dann wohl mit Kapitalismus“ war die Schlagzeile eines Artikels im *Economist* (5. März)



Corbis

**Volksbefreiungsarmee marschiert im Juni 1949 durch Beijing. Revolution zerschlug Herrschaft der Grundherren/Kapitalisten, war aber von Anfang an durch nationalistische stalinistische Bürokratie deformiert**

über Chinas jüngste wirtschaftliche Schritte, der wehmütig anmerkte, dass die „Öffnung“ von Chinas Wirtschaft „den Rückwärtsgang“ eingelegt zu haben scheint.

### Antikommunistische Sozialdemokraten loben Charta 08

Es war zu erwarten, dass die führenden Organe der westlichen bürgerlichen Meinung die Charta 08 preisen würden. Aber auch eine Anzahl von Gruppen, die sich als Sozialisten, ja sogar Trotzlisten, ausgeben, spenden ihr Lob. In Wirklichkeit weisen diese Gruppen den Trotzkismus zugunsten eines Programms der „demokratischen“ kapitalistischen Konterrevolution zurück.

Ein jüngst erschienener Artikel der *October-Review*-Gruppe aus Hongkong, die mit dem pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat (VS) verbunden ist, unterstützt die Charta 08 ohne die geringste Kritik („The State of Human Rights in China“ [Die Lage der Menschenrechte in China], 31. Dezember 2008). Der Artikel begrüßt „die Bestrebungen des Volkes für Demokratie und Menschenrechte“ und erwähnt nicht ein einziges Mal Kapitalismus, Sozialismus oder die Arbeiterklasse!

Das in Britannien beheimatete Komitee für eine Arbeiterinternationale (KAI, in Deutschland die SAV) unter der Führung von Peter Taaffe wiederum schreibt:

„Dieses Manifest, das nun mehr als 7000 Unterschriften bekommen hat, fordert ein Ende der Einparteienherrschaft und grundlegende Bürgerrechte – Dinge, für die auch Sozialisten kämpfen (viele Unterzeichner der ‚Charta 08‘ sind jedoch Liberale, die ein schnelleres Tempo der kapitalistischen ‚Wirtschaftsreformen‘ befürworten).“ (chinaworker.info, 16. Januar)

Während das KAI die Charta 08 für ihre wirtschaftlichen Vorschläge tadelt, *bezieht es sich positiv* auf deren Aufruf zu „Demokratie“. Dies ist nichts Neues bei den Taaffe-Leuten, die in den degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten antikomunistische Kräfte aller Art unterstützten. In den turbulenten letzten Jahren der UdSSR unterstützten sie das

kapitalistisch-restauratorische „demokratische“ Lager um Boris Jelzin. Im August 1991 inszenierte Jelzin mit der offenen Unterstützung des damaligen US-Präsidenten George Bush Sr. einen erfolgreichen Gegenputsch gegen die Überreste der sich auflösenden Kremloligarchie. Die Taaffe-Leute schlossen sich dem reaktionären Pack auf den Barrikaden in Moskau an. In scharfem Gegensatz dazu verteilten unsere Genossen in Moskau zehntausende Exemplare eines Flugblatts mit dem dringenden Aufruf: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!“ Die kapitalistische Konterrevolution brachte den Völkern der ehemaligen UdSSR und Osteuropas Massenarbeitslosigkeit, sinkende Lebenserwartung und sozialen Abstieg und ermutigte die imperialistischen Ausbeuter bei ihren Angriffen auf Werktätige und Minderheiten.

Heute wirbt das KAI für die Arbeit des Hongkonger *China Labour Bulletin* (CLB). Das CLB gibt sich als eine Arbeiterorganisation aus, die für „unabhängige Gewerkschaften“ eintritt, ist aber eine konterrevolutionäre Gruppe mit direkten Verbindungen zum US-Imperialismus. Ihr Führer Han Dongfang hat seit langem eine Sendung im Radio Free Asia der CIA und ist Vize-Vorsitzender des World Movement for

Democracy [Weltbewegung für Demokratie], einer Organisation, die von der berüchtigten CIA-Tarnorganisation National Endowment for Democracy [Nationale Stiftung für Demokratie] (NED) gegründet wurde und geleitet wird. Han wurde nach dem Führer der polnischen Solidarność der „chinesische Lech Walesa“ genannt. Solidarność, die einzige „Gewerkschaft“, die von Reagan, Thatcher und dem Vatikan unterstützt wurde, führte in den 1980er-Jahren den Feldzug an, um kapitalistische Ausbeutung in „demokratischer“ Verkleidung im Sowjetblock wiedereinzuführen, und das mit voller Unterstützung der Taaffe-Leute und des VS.

Wie die Forderung der Charta 08 nach „freien Wahlen“, so sind auch Aufrufe für „freie Gewerkschaften“ nach dem Vorbild von Solidarność eine reaktionäre Falle für die Arbeiterklasse. Der für Chinas bedrängte Arbeiterklasse besonders wichtige Kampf für Gewerkschaften, die nicht unter bürokratischer Kontrolle stehen, muss auf der Verteidigung des Arbeiterstaates beruhen, der aus der Revolution von 1949 hervorging. Dieser Kampf, wie auch der Kampf für Versammlungsrecht und Pressefreiheit, wird sich im Rahmen des Kampfes für Sowjetdemokratie entfalten – des Kampfes für die Bildung von Arbeiterräten in Opposition zu den bürokratischen Parasiten und zur Unterdrückung konterrevolutionärer Elemente.

### Willige Werkzeuge des US-Imperialismus

Die Führer von Charta 08 sind nicht naiv und unbefangen; viele von ihnen haben auch unverhohlene Beziehungen zum US-Imperialismus. Liu Xiaobo, einer der Hauptorganisatoren der Charta, ist Präsident des in den USA ansässigen „Independent Chinese PEN Center“ [Unabhängiges chinesisches PEN-Zentrum], das von der NED regelmäßige fi-

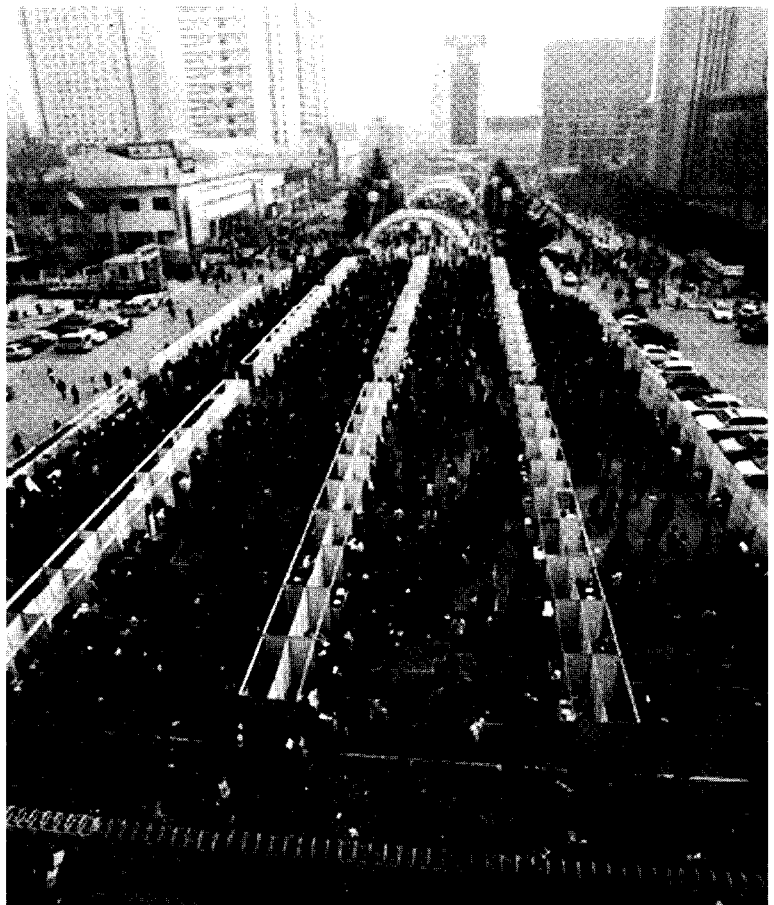
nanzielle Unterstützung erhält. Zwei andere prominente Wortführer der Charta, Li Baiguang und Teng Biao, erhielten letztes Jahr in einer Zeremonie in Washington den „Democracy Award“ [Demokratiepreis] der NED. Bis jetzt scheint das KPCh-Regime diese pro-imperialistischen Dissidenten mit ungewöhnlich milder Repression bedacht zu haben. Man unternahm Schritte, die Charta im Internet zu blockieren, verhaftete aber nur einen Charta-Wortführer, Liu Xiaobo, und hielt andere kurz fest oder stellte sie unter Aufsicht. Dies steht in Kontrast zu der ernsthaften Repression, die Führern von Arbeiterstreiks und anderen Protesten zuteil wird.

Während wir die Politik von Charta 08 aufs schärfste ablehnen, unterstützen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die Repressalien gegen ihre Initiatoren und Unterzeichner. Diese rechtsgerichteten Ideologen führen ganz offensichtlich keine Bewegung an, die die Existenz des chinesischen Arbeiterstaates bedroht, wie die polnische Solidarność schließlich im Herbst 1981. Damals schrieben wir: „Daher gibt es heute in Polen die Bedrohung durch einen konterrevolutionären Griff zur Macht. Diese Bedrohung muss um jeden Preis und mit allen notwendigen Mitteln zerschlagen werden“ („Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 10, Winter 1981/82). Als die Stalinisten im Dezember 1981 daran gingen, Solidarność zu unterdrücken, unterstützten wir dies. Gleichzeitig klagten wir die Bürokratie wegen ihres Nationalismus, ihrer Misswirtschaft und jahrzehntelanger Kapitulation vor der katholischen Kirche und anderen pro-kapitalistischen Kräften an, wodurch sie die Arbeiter des historisch sozialistisch gesinnten polnischen Proletariats in die Arme der Reaktion trieb.

Bei Chinas Werktätigen, für die die „Magie des Marktes“ ungezügelter Ausbeutung und zunehmende Arbeitslosigkeit bedeutet, werden die rechtsgerichteten Intellektuellen der Charta 08 mit ihren Lobpreisungen auf die „freien Märkte“, die rund um die Welt verheerenden Schaden anrichten, sehr wahrscheinlich keinerlei Anklang finden. Vor drei Jahrzehnten rief die Charta 77 trotz ihres Werbens für bürgerliche „Demokratie“ nicht zur Restauration einer kapitalistischen Wirtschaft auf, weil eine solche Forderung damals die meisten tschechoslowakischen Intellektuellen abgestoßen hätte, ganz zu schweigen von den Arbeitern.

Das Programm der „demokratischen“ Konterrevolution, das von Charta 08 und ihresgleichen verfolgt wird, muss *politisch* bekämpft werden – und dazu ist die nationalistische KPCh-Bürokratie offenkundig nicht in der Lage. Beim Austeilen von Repressalien unterscheiden die stalinistischen Herrscher nicht zwischen Konterrevolutionären und jenen, die sich der bürokratischen Herrschaft vom Standpunkt der historischen Interessen des Proletariats aus widersetzen. Nach der Zerschlagung der kapitalistischen Klassenherrschaft 1949 wurden Hunderte chinesischer Trotzlisten, die für die Verteidigung der Revolution kämpften, zusammengedrückt und ins Gefängnis geworfen oder erschossen. Im Gefolge der Arbeiter- und Studentenunruhen von 1989, in deren Mittelpunkt der Tiananmen-Platz stand, wurden Arbeiter vom Regime hingerichtet. Wir lehnen die Institution der Todesstrafe aus Prinzip ab, in China – wo jährlich Tausende hingerichtet werden – genauso wie in den kapitalistischen Ländern.

Eine US-Gruppe, die als Party of Socialism and Liberation [Partei des Sozialismus und der Befreiung] (PSL) bekannt ist, bringt in ihrem Interneteintrag vom 10. Januar, „The Truth Behind China’s Charta 08 Manifesto – Liberal



China Photos

**Globale kapitalistische Wirtschaftskrise verlangsamt Chinas Wachstum, setzte der Exportindustrie schwer zu. Oben: Massenjobbörse in der Provinz Shaanxi, 1. März. Unten: Entlassene Arbeiter in Harbin bei Arbeitsplatzbesetzung am 18. März fordern Wiederinkraftsetzung von Versicherungs- und Rentenleistungen**



AP

Language Cloaks Counterrevolutionary Aims“ [Die Wahrheit über Chinas Charta-08-Manifest – Liberale Rhetorik verhüllt konterrevolutionäre Ziele] richtige Kritik an Charta 08 an. Doch die PSL betrachtet die stalinistische Bürokratie als die Hauptbarriere für eine Konterrevolution: „Die KPCh-Regierung bleibt trotz all ihrer Widersprüche das wichtigste Hindernis für die Rückführung Chinas in seinen früheren Zustand halbkolonialer Sklaverei.“ Die PSL kritisiert zwar die „Marktrefor-men“ der KPCh-Führer, hofft aber, dass Hu Jintao & Co. erleuchtet werden und auf den „sozialistischen Weg“ zurückkehren:

„Konfrontiert mit einer verschärften imperialistischen



Corbis

Chinesische Arbeiter schließen sich im Mai 1989 Protesten vom Tiananmen-Platz in Beijing an. Banner trägt die Aufschrift: „Die Herzen der Arbeiter und Studenten sind vereint“

Offensive könnte die KPCh-Führung ihren Kurs ändern und sich an die Arbeiterklasse um Hilfe wenden und sozialistische Maßnahmen wiedereinführen.

Wie unwahrscheinlich auch immer, so ist der Weg zur Erneuerung und Stärkung sozialistischer Methoden solange möglich, wie die KPCh die Staatsmacht behauptet.“

Die PSL stellt den „Marktreformen“ der KPCh den „von der Kommunistischen Partei während der Mao-Ära verfolgten Weg“ gegenüber. Maos nationale „Selbstgenügsamkeit“ (wirtschaftliche Autarkie) und die marktorientierte Politik späterer KPCh-Führer waren jedoch beides Mittel für die chinesischen stalinistischen Bürokraten, um zu verschiedenen Zeiten und unter unterschiedlichen internationalen Bedingungen mit dem Weltimperialismus „friedlich zu koexistieren“. Unter Mao äußerte sich dies in Chinas grotesker Allianz mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion.

In Wirklichkeit wird die Verteidigung der proletarischen Staatsmacht in China durch die fortgesetzte Herrschaft der KPCh *untergraben*. Dank der Politik des Regimes ist auf dem Festland eine beträchtliche Klasse kapitalistischer Unternehmer mit Verbindungen zur auslandschinesischen Bourgeoisie in Hongkong und Taiwan entstanden, wengleich diese bis jetzt noch daran gehindert werden, sich politisch zu organisieren und um die Macht zu konkurrieren. Viele KPCh-Funktionäre haben finanzielle und familiäre Verbindungen zu solchen Unternehmern. Entgegen den Behauptungen der PSL bewahrt die Bürokratie das Staatseigentum nicht aus einer subjektiven Identifizierung mit dem Sozialismus heraus, sondern, wie Trotzki in *Verratene Revolution* (1936) schrieb, „nur in dem Maße, in dem sie das Proletariat fürchtet“ – d.h. um ihre privilegierte Position als parasitäre Kaste auf dem Rücken des Arbeiterstaates zu bewahren. Früher oder später, auf die eine oder die andere politische Art und Weise, wird das stalinistische Regime China an den Rand der kapitalistischen Konterrevolution bringen, was dann unmittelbar die Frage nach dem Schicksal des bevölkerungsreichsten Landes der Erde stellt.

Es ist aufschlussreich, sich die soziale und politische Dynamik der Konterrevolution im russischen Kernland der ehemaligen UdSSR noch einmal anzusehen. Diese wurde *nicht* von antikommunistischen Dissidenten aus der Intel-

lektuellenschicht, vergleichbar mit den Vertretern von Chinas Charta 08, angeführt, sondern von bedeutenden Elementen der sich auflösenden Nomenklatur, der sowjetischen bürokratischen Elite. Ein paar Jahre bevor Boris Jelzin die Macht ergriff und die Auflösung der UdSSR verkündete, war er ein ranghoher Führer im Kreml gewesen. In den führenden Gremien der KPCh gibt es heute mehr als nur ein paar potenzielle Jelzins. Gleichzeitig haben die chinesischen Stalinisten aus der Konterrevolution in der Ex-UdSSR etwas gelernt. Um solchen Entwicklungen in China vorzubeugen, haben die KPCh-Führer Maßnahmen der Perestroika (marktorientierte „Reformen“) durchgeführt, jedoch ohne das geringste Fünkchen von Glasnost (politische Demokratisierung).

### Für proletarisch-politische Revolution!

In *Verratene Revolution*, seiner klassischen Analyse der sowjetischen stalinistischen Bürokratie, betonte Trotzki: „In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik- und Initiativefreiheit voraus, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind.“ Politik und Praxis des KPCh-Regimes schaffen ein Klima, in dem Verfechter einer „demokratischen“ Konterrevolution Gehör finden könnten, zumindest bei einer Schicht von Intellektuellen, bei Bauern und sogar einigen Arbeitern. Gleichzeitig wird durch den zunehmenden Gegensatz zwischen der Bürokratie und Chinas werktätigen Massen aber auch der Boden für eine proletarisch-politische Revolution zum Sturz der parasitären herrschenden Stalinisten bereitet.

Das Potenzial für eine pro-sozialistische Arbeitererhebung zeigte sich im Tiananmen-Aufstand von Mai/Juni 1989. In ihrem Artikel zur Charta 08 schließt sich die PSL der Interpretation dieser Ereignisse durch die chinesischen Stalinisten an und nennt sie „ein konterrevolutionäres Unterfangen, das im Westen als ‚Kampf für Demokratie‘ dargestellt wird“. In Wirklichkeit begann es mit Protesten von Studenten, die sich gegen Korruption wandten und politische Liberalisierung anstrebten, dann schlossen sich Massen chinesischer Arbeiter an, die durch ihre eigene Verbitterung über die Auswirkungen der Marktmaßnahmen des Regimes, insbesondere die hohe Inflation, zum Handeln getrieben wurden.

Arbeiterversammlungen und motorisierte mobile Ein-

satzkommandos wurden improvisiert, ein Hinweis auf das Potenzial für die Entstehung echter Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Der Eintritt der Arbeiterklasse in den Kampf versetzte die KPCh-Herrscher in Angst und Schrecken, so dass sie schließlich heftige Repression entfesselten. Doch die Bürokratie, einschließlich des Offizierskorps des Militärs, begann unter dem Einfluss der proletarischen Erhebung zu zersplittern. Angesichts überwältigender Unterstützung der Proteste durch Beijings Werk tätige verweigerten die zuerst mobilgemachten Armeeeinheiten den Befehl. Andere, regimetreuere Armeeeinheiten mussten herbeigeht werden, um das Massaker vom Juni 1989 durchzuführen, das sich überwiegend gegen die Arbeiter und weniger gegen die Studenten richtete. Tiananmen war eine beginnende proletarisch-politische Revolution, die von der stalinistischen Bürokratie im Blut ertränkt wurde (siehe „China: Tiananmen 1989 und Arbeiterkämpfe heute“, Spartakist Nr. 157, Winter 2004/2005 und Nr. 158, Frühjahr 2005).

Bei den Tiananmen-Ereignissen ebenso wie heute war das entscheidende fehlende Element eine authentische bolschewistische – d.h. leninistisch-trotzkistische – Partei, um die arbeitenden Massen um das Banner von Arbeiterdemokratie und kommunistischem Internationalismus zu scharen. Geschmiedet wird eine solche Partei im politischen Kampf nicht nur gegen Strömungen, die aus der zerfallenden stalinistischen Bürokratie hervorgehen, sondern auch gegen antikommunistische Verfechter westlicher „Demokratie“, darunter auch einige, die sich zweifellos weit linker geben werden als die Charta-08-Gruppe.

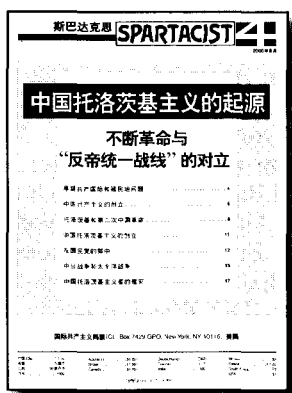
Das Überleben und das Fortschreiten von Chinas revolutionären Errungenschaften hängen von dem Kampf für sozi-



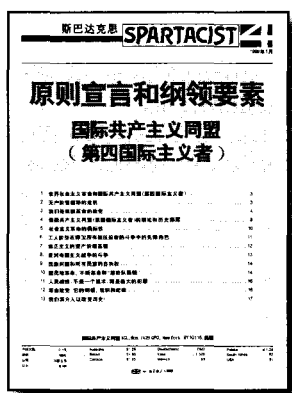
Berlin, 19. April 2008: Demonstration von 3000 Chinesen, überwiegend Studenten, gegen antichinesische Kampagne vor Olympia in Beijing

alistische Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern in Japan, Nordamerika und Westeuropa ab. Das ist der einzige Weg zur umfassenden Modernisierung Chinas im Rahmen einer international geplanten Wirtschaft. Eine proletarisch-politische Revolution, die ein China von Arbeiter- und Bauernräten hervorbringt, wäre ein Leuchtfener für die unterdrückten werktätigen Massen Asiens und der ganzen Welt. Das würde der bürgerlichen Propaganda vom „Tod des Kommunismus“ den Todesstoß versetzen, die geknechteten Massen der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas aufrichten und die Arbeiter in den imperialistischen Kernländern beflügeln. Dies ist letztlich die einzige Perspektive zur Bezwingung der Sirengesänge von „Demokratie“, die von Feinden der Errungenschaften der Chinesischen Revolution, imperialistisch unterstützten Gruppen ebenso wie Pseudosozialisten, verbreitet werden.■

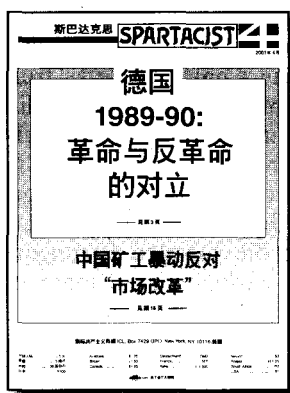
## In chinesischer Sprache erhältlich:



Die Ursprünge des chinesischen Trotzkismus



Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms Internationale Kommunistische Liga



1989/90: Revolution und Konterrevolution in Deutschland



Enthält: Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

Diese und weitere Broschüren zu beziehen über die Verlagsanschrift. Preis jeweils € 1,-

# SPARTAKIST

## China

# Charta 08: Programm für „demokratische“ Konterrevolution

Der nachfolgend abgedruckte Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 933, 27. März, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/US.

Im Dezember erschien in China ein Dokument mit dem Titel Charta 08 im Internet. Es war unterzeichnet von etwa 300 Einzelpersonen, vor allem Intellektuellen und Akademikern, und hat seither weitere 8000 Unterschriften bekommen. Eine englische Übersetzung wurde rasch im Ausland in Umlauf gebracht und dann in der *New York Review of Books* (15. Januar) veröffentlicht. [Die deutschen Zitate sind aus der Übersetzung des Ostasieninstituts, Fachhochschule Ludwigshafen, entnommen.] Die kapitalistischen Medien in den USA und anderswo haben die Charta 08 mit Lobpreisungen überhäuft. Ein Leitartikel in der Londoner *Financial Times* (7. Januar) begrüßte sie als „eine eindrucksvoll geschriebene Erklärung allgemeiner Menschenrechte“. Ein Leitartikel der *Washington Post* (30. Januar) nannte sie Chinas „neue Demokratiebewegung“.

Die Charta 08 ist ein explizites Programm für kapitalistische Konterrevolution im deformierten Arbeiterstaat China, gehüllt in das Mäntelchen von „Demokratie“. Ihre Initiatoren versuchen die vom Imperialismus unterstützten „Menschenrechts“-Dissidenten in Osteuropa nachzuahmen, die 1989-92 die Konterrevolutionen im ehemaligen Sowjetblock anführten. Die Charta fordert „freie Wahlen“ als politischen Mechanismus, mit dem kapitalistisch-restauratorische Parteien an die Regierungsmacht gelangen können. Sie fordert die Privatisierung des kollektivierten Kerns der chinesischen Wirtschaft – der staatseigenen Unternehmen – wie auch des Grund und Bodens. Kurz gesagt ist dies ein Programm, um die sozialen Errungenschaften der Revolution von 1949 rückgängig zu machen. Sollte es durchgesetzt werden, würde es China wieder in imperialistische Unterjochung und Ausbeutung zurückstoßen.

Was den Bürgerkrieg der späten 1940er-Jahre angeht, so schlägt sich die Charta 08 im Nachhinein auf die Seite der



Mai 2006: George Bush empfängt antikommunistische „Menschenrechts“-Dissidenten Li Baiguang, Wang Yi, Yu Jie (von links nach rechts), spätere Unterzeichner der Charta 08

von den Imperialisten unterstützten Guomindang (Nationalpartei) Chiang Kai-sheks gegen die Kommunistische Partei Chinas (KPCh): „Nach der japanischen Kapitulation [1945] erfolgte zwar ein weiterer Anlauf zu einer verfassten Regierung, doch der Bürgerkrieg zwischen Kuomintang und KP stürzte China am Ende in den Abgrund des modernen Totalitarismus.“

Die Chinesische Revolution von 1949 war eine fortschrittliche soziale Revolution von weltgeschichtlicher Bedeutung. Hunderte Millionen von Bauern erhoben sich und besetzten das Land, auf dem ihre Ahnen seit grauer Vorzeit ausgebeutet worden waren. Die Errichtung einer zentral geplanten, kollektivierten Wirtschaft schuf die Grundlage für enormen sozialen Fortschritt. Die Revolution ermöglichte es den Frauen, sich weit über ihre frühere erbärmliche Stellung zu erheben, die mit solchen Praktiken wie

Fortgesetzt auf Seite 22

**Verteidigt den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat China!  
Für proletarisch-politische Revolution!**